Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 6. Bielefeld, Freitag, 8. Januar 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die militärische Kamarilla an der Arbeit.

Die Vorlesung Wilhelms II. an die Generale hat im Auslande außerordentlich viel Staub aufgewirbelt; sehr mit Unrecht, denn wenn ihr überhaupt eine Bedeutung zukommt, dann gewiß nicht als ein gegen das Ausland geplanter Vorstoß. Das Fatale dabei ist nur, daß die Worte und Taten eines Kaisers immer mit ganz anderem Maße gemessen werden, wie die eines gewöhnlichen Sterblichen, obgleich er doch in Wirklichkeit auch nur ein ganz gewöhnlicher Sterblicher ist. So zerbricht sich die „Morning Post" über den Standpunkt des Verfassers den Kopf. — Sie will nicht daran glauben, daß der Revueartikel, den der Kaiser seinen Generalen im Berliner Schlosse vorlas, wirklich vom Grafen Schlieffen, einem Schüler des Feldmarschalls Moltke, geschrieben ist; dazu sei der Artikel viel zu rhetorisch und ermangele des unter Moltke üblichen Stils, in dem jedes Empfinden unterdrückt und nur Tatsachen als Grundlagen herangezogen wurden. Das in dem Artikel entworfene Bild von England sei unrichtig und scheine auf Grund chauvinistischer Zeitungsartikel oder deutscher Romanfabrikate entworfen zu sein, von denen in der letzten Zeit zahlreiche entstanden seien. Die Isolierung Deutschlands sei ein Hirngespinst, und die Befürchtung eines gemeinsamen Angriffes eine Fabel. Weder England, noch Frankreich, noch Rußland, noch Italien dächten an Krieg. Wolle Deutschland den Frieden, so könne es sehr viel dazu beitragen, wenn es bei Oesterreich darauf dringe, daß es seine Nachbarstaaten nicht angreife, von denen es nicht wahrscheinlich sei, daß sie ihrerseits Oesterreich angreifen. Es ist überraschend, so schließt das Blatt, daß der Kaiser einen so sensationellen Essay seinen Offizieren vorlas und ihn ihrer Ueberlegung empfohlen hat.

In Frankreich sieht man, offenbar schon an derlei Kundgebungen gewöhnt, die Vorlesung mit großem Gleichmut an.

Unter dem Titel „Wilhelm II und seine Generale" beschäftigt sich der „Temps" damit. „Er hat wieder gesprochen!" sagte dem Verfasser des Artikels ein sehr distinguierter Deutscher. In Wahrheit, so fährt der „Temps" fort, hat er nicht gesprochen, sondern gelesen, und nach den deutschen Zeitungen zu urteilen, hat er mit seiner neuen Methode, seine Gedanken indirekt mitzuteilen, nicht viel mehr Glück gehabt als mit der früheren direkten Ansprache. Der „Temps" schreibt diese Wirkung dem Inhalt des Artikels zu, der eine kindliche Auffassung der europäischen Verhältnisse zeige und es wieder einmal bedauern lasse, daß so viele alte Offiziere zur Feder greifen. Der Grundgedanke des Artikels, die Isolierung Deutschlands und Oesterreichs, sei bereits seit vier Jahren das „Lieblingsfutter" des deutschen Nationalismus. Wenn tatsächlich in einem künftigen Kriege Deutschland und Oesterreich den Ländern England, Frankreich, Italien und Rußland — nicht zu rechnen die Balkanstaaten — die Spitze zu bieten hätten, wie soll man dann die deutsche Diplomatie beurteilen, die aus Bismarcks Werk eine solche Situation geschaffen habe. Die Folgerung Schlieffens, man müsse in der Aussicht auf einen Streit einig bleiben, sei eine der ewigen Wahrheiten, die selten Konsequenz hätten. Zum Schlusse wiederholt dann das Blatt seiner Rat, statt der alten Vorherrschaft eine Politik des Einvernehmens und Gleichgewichts anzustreben.

Indessen auch der „Temps" irrt sich hinsichtlich der wirklichen Bedeutung des Vorganges. Diese besteht vielmehr darin, daß offenbar Wilhelm II. hier wiederum ohne vorherige Verständigung mit dem Reichskanzler selbständig eine Staatshandlung vorgenommen hat, die er wohl kaum für eine solche gehalten haben dürfte, welche aber durch die indiskrete Veröffentlichung dazu geworden ist. So ist das Ganze als Schachzug der militärischen Kamarilla gegen Bülow aufzufassen, vielleicht in Verbindung mit einem Vorgehen gegen dessen Blockpolitik. Dies geht klar hervor aus der Rolle, welche der fromme „Reichsbote" bei dieser Gelegenheit spielt. Er druckt den Artikel Schlieffens aus der „Deutschen Revue" ab und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Die militärische Lage Deutschlands erscheint hiernach eine sehr ernste, und gegenüber der Leitung unserer auswärtigen Politik erhebt sich die Frage, was sie getan hat, um diese Lage zu verhüten! Wir haben oft den Vorwurf erheben müssen, daß man die Dinge gewähren, die deutschfeindlichen Ententen zustande kommen ließ und sich dann damit begnügte, sie als ungefährlich für Deutschland hinzustellen.

Es stimmt mit einer in der Armee weitverbreiteten Auffassung zusammen, die uns schon vor einiger Zeit aus dem Munde einer hohen militärischen Persönlichkeit bekannt wurde, daß nämlich die Armee auf die Dauer nicht mehr imstande sei, die von der Diplomatie gemachten Fehler und erzeugten ungünstigen Momente der internationalen Lage durch ihre Macht allein wieder gut zu machen. Was das heißen will, mache man sich einmal vollständig klar; und glaubt man, daß diese Gefahr etwa durch innnere Verfassungskämpfe und Zwistigkeiten zwischen Krone und Volk beseitigt wird?

Der Schlieffensche Artikel ist die denkbar schärfste Kritik von militärischer Seite an den völlig negativen Ergebnissen unserer auswärtigen Staatskunst. Von diesem Artikel sagte der Kaiser, daß er seinen Ansichten entsprechend sei, und hielt ihn für so wichtig, daß er ihn an dieser Stelle verlas."

Es liegt ganz klar auf der Hand, wie hier auf den Kaiser gegen Bülow Stimmung zu machen versucht wird. Es war ja gerade der größte Erfolg Bülows, die um Eulenburg so vollständig zu Boden geworfen zu haben. Nun ist die neue Kamarilla schon wieder da, wie das ja beim persönlichen Regiment auch gar nicht anders sein kann. Zweifellos ist der neueste Vorstoß auch mit großem Raffinement vorbereitet worden, und man kann gespannt darauf sein, ob Bülow noch Kraft zur Abwehr haben wird. Hierin allein liegt auch die Bedeutung der jetzigen Situation.

Die Stellung der Staatsanwaltschaft im Strafprozeß.

Ueber dieses wichtige Thema sprach am Dienstag Oberlandesgerichtsrat Rosenberg in der Internationalen kriminalistischen Vereinigung. Legalitäts- oder Opportunitätsprinzip sei jetzt die Frage. Der Referent legte seinen Ausführungen folgende Thesen zugrunde:

1. Das Legalitätsprinzip ist als gesetzliche Regel beizubehalten.
2. Bei Vergehen und Uebertretungen kann die Staatsanwaltschaft in besonders leichten Fällen von einer Strafverfolgung absehen. In diesen Fällen ist jeder, der ein berechtigtes Interesse an der Strafverfolgung nachweist, zur Erhebung der subsidiären Privatklage befugt.
3. Bei Vergehen und Uebertretungen, welche von jugendlichen Personen begangen werden, wird die öffentliche Klage nur dann erhoben, wenn diese im öffentlichen Interesse liegt.
4. Die Fälle der Privatklage sind zu vermehren.
5. § 154 und § 157 des Entwurfs sind zu streichen.
6. In dem Gerichtsverfassungsgesetz (§ 147) ist zum Ausdruck zu bringen:
   a) daß die dienstlichen Anweisungen der Vorgesetzten mit dem Legalitätsprinzip nicht im Widerspruch stehen dürfen;
   b) daß die dienstlichen Anweisungen der Vorgesetzten sich nicht auf die tatsächliche Würdigung des Beweismaterials in der Hauptverhandlung erstrecken dürfen.
7. In der Strafprozeßordnung (§ 162 des Entwurfs) ist zum Ausdruck zu bringen:
   a) daß im Ermittelungsverfahren alle wichtigen Erhebungen durch die Beamten der Staatsanwaltschaft persönlich bewirkt werden sollen;
   b) daß an denjenigen Orten, an welchen besondere Kriminalabteilungen bestehen, ein unmittelbarer Geschäftsverkehr zwischen den Vorstandsbeamten dieser Abteilung und der Staatsanwaltschaft stattfinden soll.

In seinen Ausführungen betonte der Referent, der deutsche Juristentag in Karlsruhe habe sich gegen jede Abschwächung des Legalitätsprinzips erklärt und empfohlen, die rein polizeilichen Uebertretungen aus dem Strafgesetzbuch auszuscheiden und einer gesonderten Behandlung zu unterwerfen. Das könne aber nur als eine Verschiebung der Frage angesehen werden, solange nicht angegeben sei, wie denn diese Fälle zu behandeln seien. In Deutschland würden alljährlich eine ungeheure Zahl von Uebertretungen bestraft. Der größte Teil dieser Anklagen sei weder notwendig, noch nützlich gewesen. Durch lächerliche Nichtigkeiten werde nur die Scheu vor Strafe und die Achtung vor dem Gesetz erschüttert. Eine volle Unparteilichkeit werde auch jetzt mit dem Legalitätsprinzip nicht erreicht, da es ja doch in den Händen der Polizei liege, Anzeige zu erstatten oder nicht. Wo der Bürgermeister verkehrt, da gibt es keine Polizeistunde! Das Gespenst einer Kabinettsregierung sei lächerlich. Politische Gründe könnten zu einer Anklage wegen Hochverrats, Landesverrats oder Majestätsbeleidigung führen; aber dem politischen Gegner eine Strafverfügung wegen Radelns auf verbotenen Wegen zu schicken, das wäre doch allzu lächerlich. (Heiterkeit.) Wir ehemaligen Staatsanwälte wissen nichts von irgendwelchen Versuchen, uns zu beeinflussen. (Zuruf: Und wenn Sie's wüßten, dürften Sie's nicht sagen!) Wir haben auch unsere Ueberzeugung und sagen nichts, was nicht unserer Ueberzeugung entspricht. Redner empfiehlt eine weitgehende Einschränkung des Legalitätsprinzips bei Uebertretungen und Vergehen. Eine genügende Garantie gegen Mißbräuche des Rechts könnte dadurch geschaffen werden, daß man jedem Berechtigten die Privatklage gebe.

Staatsanwalt Feisenberg-Magdeburg bekannte sich als Anhänger des strengen Legalitätsprinzips, Staatsanwalt Dr. Klee-Berlin für das Opportunitätsprinzip. Prof. Goldschmidt-Berlin will vorläufig das Legalitätsprinzip beibehalten wissen.

Sehr entschieden trat Prof. Dr. v. Liszt für das Legalitätsprinzip ein. Wer den preußischen Osten politisch kenne, wisse, daß schon heute mit zweierlei Maß gemessen wird. Die polizeilichen und viele kriminelle Bestimmungen würden nur zur Anwendung gebracht gegenüber Sozialdemokraten und manchen Liberalen, aber nicht gegenüber Konservativen. Im Westen sei es nicht viel besser. Exzellenz Hamm habe in Karlsruhe erzählt, daß er selbst als Staatsanwalt eine Notzuchtsache mit Rücksicht auf die Tochter eines Mannes aus der guten Gesellschaft niedergeschlagen habe. Alle Hochachtung vor dieser menschlichen Gesinnung — ich hätte es nicht gewagt, weil ich die Zuchthausstrafe des Gesetzes befürchtet hätte — aber können Sie sich dafür verbürgen, daß, wenn ein sozialdemokratischer Agitator zu Ihnen gekommen wäre, der gerade dort die Bergarbeiter aufgehetzt hätte und gesagt hätte: „Machen Sie meine Tochter nicht unglücklich!" daß Sie dann ebenso gehandelt hätten? Wir kommen über politische Erwägungen nicht hinweg. Heute rühmt sich die Staatsanwaltschaft, die objektivste Behörde der Welt zu sein. Die Aufhebung des Legalitätsprinzips muß sie ruinieren, zu einer reinen Verwaltungsbehörde herabdrücken. Politisch fordere ich das reine Opportunitätsprinzip, kontrolliert durch die allgemeine Staatsbürgerklage; aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann ich mir nichts Gefährlicheres denken, als eine Erschütterung des Legalitätsprinzips. Vor allem aber vergiften Sie uns nicht die Jugendgerichte, die in ihrer ersten Entwicklung sind, indem Sie durch Aufhebung des Legalitätsprinzips für die Jugendlichen parteipolitische und klassenpolitische Gegensätze in sie hineintragen.

Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner für oder wider gesprochen, gelangte folgende Erklärung zur einstimmigen Annahme; die gleichzeitig die anderen einzelnen Beratungsmaterien betrifft:

„Die deutsche Landesgruppe der internationalen kriminalistischen Vereinigung hält an ihrer Auffassung fest, daß die Besserung unserer Strafprozeßreform nur durch durchgreifende Reform des Strafprozesses im Zusammenhange mit der Reform des Strafrechts vorgenommen werden müßte. Sie kann daher den Entwurf nur als ersten Schritt für die notwendige große Reform des Strafrechts, des Strafprozesses und der Strafverfolgung betrachten, erachtet aber folgende Aenderung des Entwurfs für notwendig:

1. Die Hinzuziehung von Laien in der Berufungsinstanz ist unerläßlich. Dabei ist an der Möglichkeit festzuhalten, daß in der ersten Instanz ein Unter- und ein Obergericht als ausreichend betrachtet werden.
2. Es ist ein unablässiges Erfordernis, die Hauptverhandlung unter Ausschaltung alles inquisitorischen Verfahrens selbständig zu führen. Dabei muß an dem Grundsatz des § 244 Abs. 1 der bisherigen Strafprozeßordnung (Vernehmung aller vorgeladenen und erschienenen Zeugen, auch der Entlastungszeugen) festgehalten werden.
3. Ueber die Entscheidung von Verhaftungen ist eine mündliche Verhandlung erforderlich. Den wegen Verbrechen oder Vergehen Verhafteten ist zugleich ein Verteidiger zu stellen.
4. An dem Legalitätsprinzip ist unter besonderen Kautelen festzuhalten.

Die Landesgruppe erachtet es außerdem für erforderlich, für Jugendliche ein spezialisiertes Gesetz in formeller und materieller Beziehung zu schaffen. Die Versammlung beauftragt außerdem die in Frankfurt a. M. gewählte Strafprozeßkommission, die legislative Seite des Entwurfs im Auge zu behalten und, wenn erforderlich, eine außerordentliche Landesversammlung einzuberufen, wenn das aber nicht tunlich, selbständige Schritte vorzunehmen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ueber die kommende Reichstagstagung wird folgendes berichtet:

Von seinem Wiederzusammentritt am Dienstag, 12. Jan., bis zur Ostervertagung, die voraussichtlich am 31. März erfolgen dürfte, werden dem Reichstage rund 12 Sitzungswochen zur Verfügung stehen. In dieser Zeit will der Präsident, nach Zustimmung des Seniorenkonvents, viermal eine Pause von mehreren Tagen eintreten lassen, mindestens die Sonnabend- und Montagssitzungen nach etwa je zwei Wochen ausfallen lassen. Es kann somit im ganzen mit etwa 56 Plenarsitzungen und deshalb auch mit der glatten Erledigung des Reichshaushaltes bis zum Beginn des neuen fiskalischen Jahres gerechnet werden. Für die Osterferien sind nur knappe 3 Wochen in Aussicht genommen. Schon am 20. April wird sich das Haus wieder versammeln, um — bei der Reichhaltigkeit des sicher dann noch unerledigten Materials (Reichsfinanzreform, Besoldungsvorlage, Große Gewerbenovelle) — wohl bestimmt bis kurz vor Pfingsten, das auf den 30. Mai fällt, zusammenzubleiben.

Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf soll in der nächsten Woche im Reichstag noch nicht zur ersten Lesung kommen. Wie gemeldet wird, will die Regierung zunächst den interessierten Verbänden der Arbeiter und Arbeitgeber Gelegenheit geben, Stellung zu dem Gesetzentwurf zu nehmen.

Vom Reichsvereinsgesetz. Halle a. S., 8. Jan. Eine Mitgliederversammlung der freien Jugendorganisation, in welcher Genosse Schumann-Jena über das harmlose Thema „Jugendideale" sprechen wollte, wurde — noch bevor der Redner seinen Vortrag begann — von der Polizei aufgelöst, weil sie das Thema als ein politisches ansah, und eine Bescheinigung über erfolgte Anmeldung der Versammlung verlangte. — Gegen die Auflösung soll Beschwerde geführt werden.

Zur Rixdorfer Wahlrechtsfrage. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, hat der Rixdorfer Oberbürgermeister Kaiser in der Gemeindewahlrechts-Angelegenheit Verhandlungen eingeleitet, „die einen für beide Parteien, sowohl für die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten, wie für ihre Gegner, befriedigenden Ausgleich zum Ziele haben. Der Leiter der Rixdorfer städtischen Verwaltung hat dabei vor allem im Auge, das bisherige gute Verhältnis zwischen den verschiedenen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung aufrecht zu erhalten. Auf welcher Basis ein Ausgleich möglich ist, dürfte in erster Linie vom Ausfall der vom Magistrate aufgestellten, aber noch nicht abgeschlossenen Erhebungen über die eventuelle Wirkung des veränderten Modus bei der Aufstellung der Wählerlisten abhängen."

Der Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb ist am Dienstag in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrats angenommen und heute im Plenum beraten und angenommen worden. Er dürfte nun jedenfalls sofort dem Reichstage zugehen, so daß er bei dem Wiederzusammentritt am Dienstag vorliegt.

Die Buren und die kaiserliche Politik. Frankfurt a. M. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Johannisburg gemeldet: „Die Wirkung des Kaiser-Interviews auf die Afrikaner werde ganz bedeutende, wirtschaftliche Folgen für Deutschland nach sich ziehen. Es heißt u. a., daß Deutschland jetzt in Südwestafrika bei den Buren das bißchen Sympathie, das es bis jetzt wenigstens in diesem entfernten Erdwinkel mit Schweiß und Blutstropfen erworben, hoffnungslos verloren hat. Was die Leute hier so sehr vor den Kopf gestoßen hat, ist mehr als der Feldzugsplan die Tatsache, daß man sich dessen auch noch gerühmt hat. Wer kann den Deutschen in Zukunft noch glauben? Diese Frage wird jetzt hier allgemein erörtert."

Zum Schluß heißt es in diesem längeren Artikel: „Käme es jetzt zum Kriege, so würden die 30 000 Buren ohne weiteres in Südwestafrika einrücken, um es zu nehmen, denn geographisch gehört es zu Südafrika, und sie werden dort keine unsympatische oder feindliche Regierung dulden."

Der deutsch-schweizerische Mehlkonflikt. Eine zur Abwehr der deutschen Mehleinfuhr nach Olten einberufene Versammlung war von 72 schweizerischen Müllern besucht. Es wurde beschlossen, über das deutsche Getreide und die deutschen Mehlprodukte den Boykott zu verhängen. Sollte der Getreideboykott unwirksam bleiben, so soll das gewählte Komitee Vorschläge unterbreiten, um den Boykott auch auf andere Artikel auszudehnen.

Der Kampf um ein Denkmal ist in der badischen Residenz Karlsruhe in einer Form entbrannt, die auch außerhalb der gelb-roten Grenzpfähle interessieren dürfte. Die Karlsruher Stadtverwaltung beabsichtigt, dem vor mehr als Jahresfrist verstorbenen Großherzog in seiner Residenz ein Denkmal zu errichten, und zwar auf städtische Kosten. Sie hat dafür die Kleinigkeit von 200 000 Mark angesetzt, welche Summe allerdings auf zehn Jahre verteilt wird. Aber 200 000 Mark sind es eben doch, um die der städtische Säckel erleichtert werden soll. Im Stadtverordnetenkollegium sitzen aber 34 Sozialdemokraten, die von vornherein für eine Ausgabe zu dynastischen Zwecken nicht zu haben sind. Ihnen gesellen sich die Vertreter der — Hausbesitzer zu, die infolge des neuen badischen Vermögenssteuergesetzes im letzten Jahre ziemlich hohe Steuern entrichten mußten. Sie sind zwar für ein Denkmal zu haben, wollen aber den Betrag durch freiwillige Sammlungen aufgebracht wissen, damit die Kommunalsteuern nicht abermals erhöht werden müssen. Von diesen freiwilligen Sammlungen versprechen sich wieder die im Kollegium stark vertretenen Nationalliberalen nichts, „weil man damit schon beim Bismarck-Denkmal Fiasko gemacht habe". Und dieser Blamage will man die mundfertigen, aber sonst knickerigen Patrioten nicht aussetzen. Merkwürdigerweise treten auch die Demokraten und Freisinnigen für die Er-

richtung des Denkmals aus städtischen Mitteln ein. Sie bilden aber mit den Nationalliberalen in dem 96 Mann starken Karlsruher Bürgerausschuß noch keine Mehrheit. Auch in der bürgerlichen Presse tobt der Kampf um das Denkmal, und es ist ein erbauliches Schauspiel, wie die bürgerlichen Parteien um die Mittel verlegen sind, welche dem Projekt greifbare Gestalt geben sollen. Wenn je das Wort von dem Patriotismus, „der bis an den Geldbeutel reicht", sich als Wahrheit erwies, so in der Angelegenheit des Denkmals für den badischen Großherzog. — Die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung wird in den nächsten Wochen fallen.

Der koloniale Dreibund.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", Nr. 6 vom 8. Jan., schreibt offiziös:

„Die zwischen der königlich großbritannischen Behörde und der Kapregierung einerseits, und dem Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes andererseits im Sommer dieses Jahres mündlich getroffenen Vereinbarungen wegen gegenseitiger Unterstützung bei der Bekämpfung der unruhigen Elemente an der Grenze des südwestafrikanischen Schutzgebietes beginnen ihre Früchte zu tragen.

Die Kapregierung hat, dem Wunsche des kaiserlichen Gouvernements in Windhuk entsprechend, die nach ihrem Führer Ortmann genannte Ortmann-Bande an die kaiserliche Behörde ausgeliefert. Ebenso ist auf Requisition die Bande des Klein-Jacobus, welche im Laufe des vorigen Jahres aus den Hottentottenlokationen bei Warmbad ausgebrochen und nach einem Ueberfall auf die Farm Außenkehr in das britische Gebiet übergetreten war, zunächst verhaftet worden. Der Führer Klein-Jacobus und ein anderer Häuptling, welche sich dieser Verhaftung entziehen wollten, sind nach einer soeben eingetroffenen Meldung wegen Fluchtverdachts von der Kappolizei erschossen worden.

Ferner sind am 5. dieses Monats bei Rietfontein (Britisch-Gordonia) der Kappolizei 21 bewaffnete Hottentotten in die Hände gefallen: sie wurden im Einverständnis mit der deutschen Kolonial-Regierung nach Abgabe ihrer Waffen interniert, um demnächst in den Osten der Kapkolonie abgeschoben zu werden. Es handelt sich hierbei höchstwahrscheinlich um die Bande, welche die kürzlich gemeldeten Unruhen im Süden des Schutzgebietes verursacht hat. — Schließlich wird gemeldet, daß Simon Copper, welcher sich mit seinem Anhang in Britisch-Betschuanaland aufhalten soll, erklärt hat, er sei nunmehr des Orlogs müde. Copper befand sich nach letzten Mitteilungen auf dem Marsche nach Osten, d. h. nach dem Innern von Britisch-Südafrika. Verabredungen wegen der Stillsetzung des Bandenführers und seines Anhanges wurden gleichfalls zwischen dem High-Kommissioner von Britisch-Südafrika und dem Staatssekretär bei deren Zusammenkunft am 21. Juni v. J. in Pietermaritzburg getroffen.

Die Bedeutung dieser Vorgänge liegt im wesentlichen darin, daß die bisher bei der Grenzbevölkerung vorherrschende Auffassung, als fänden die in Deutsch-Südwestafrika verübten Untaten im Nachbargebiet Schutz und Deckung, gründlich zerstört wird, was auch auf die übrigen, noch nicht ganz beruhigten Hottentottenstämme Deutsch-Südwestafrikas nicht ohne nachhaltige Einwirkung bleiben kann.

Rußland.

R. K. **Die Duma als Schützerin der Henkersgerichte.** Aus St. Petersburg wird uns vom 4. Januar geschrieben:

Gerade zur letzten Sitzung der Dumasession kam die grauenvolle Kunde, daß das Kriegsgericht in Jekaterinslaw an einem einzigen Tage einundvierzig Personen zum Tode verurteilt habe. Alle jene Deputierten, die noch ein menschliches Gefühl bewahrt haben und nicht einer verbrecherischen Reaktion mit blindem Fanatismus dienen, waren um so erschütterter, als zweiunddreißig der Verurteilten wegen eines über drei Jahre zurückliegenden Deliktes und zwar wegen Arrangierung und Durchführung des Streiks auf der Katharinabahn angeklagt waren. Um diese horrende Unsumme ganz willkürlicher Todesurteile und die daran angeschlossene Bestrafung von sechzig weiteren Streikenden mit lebenslänglicher oder mehrjähriger Zwangsarbeit in Sibirien formell irgendwie zu rechtfertigen, hatten die hartherzigen Richter den Katharinabahnausstand zu einem bewaffneten Aufstand stempeln müssen und so den brutalsten Willkürakten im Sinne der Schwarzen Hunderte Tür und Tor geöffnet.

Die Abgeordneten, die den Volksmassen oder der Intelligenz nahestehen, von den Sozialdemokraten bis zu den friedlichen Erneuerern und Progressisten, ja selbst bis zu den einzelnen linken Oktobristen, hatten denn auch die Empfindung, daß sie ohne einen geharnischten Protest gegen solche mörderische Henkersjustiz überhaupt ins Land nicht zurückkehren dürfen, und so verlieh dem Unmut dieses Dumateiles der Kadettenführer Miljukow einen entsprechenden Ausdruck, als er in diesem Moment in der Duma den Antrag stellte, über die sich mehrenden Todesurteile und Hinrichtungen, die in letzter Zeit erschreckende Dimensionen annähmen, die das moralische Gefühl des Landes abstumpften, die Ehre und Würde Rußlands als eines zivilisierten Staates erniedrigten, in einer Resolution ihren Abscheu auszudrücken. Man hätte glauben sollen, daß das Parlament unter dem Eindruck der Jekaterinoslawer Schreckensbotschaft sich scheuen würde, einen solchen Antrag zurückzuweisen. Allein schon die Resolutionsverlesung rief auf der rechten Seite zynische Zwischenrufe und rohe „echtrussische" Ausfälle hervor, und der Antrag fiel zur Schande der Duma und des ganzen Landes durch. Mit der Opposition im weitesten Sinne stimmten wohl verschiedene Priester, aber das Gros des oktobristischen Zentrums nebst den rabiat gewordenen Rechten gaben den Ausschlag. Voll Entrüstung erklärten darauf die Kadetten, Trudowiki und Sozialdemokraten, daß sie zum Zeichen ihres Ekels über eine solche Tat des Parlaments den Saal verlassen. „Wir verlassen für den heutigen Tag den Sitzungssaal — rief Bulat im Namen der Trudowiki aus —, um damit unseren Widerwillen gegen Leute, die mit den Mördern sympathisieren, kundzugeben."

Was half es, daß nunmehr der Leader der Oktobristen, A. Gutschkow, den Hieb des Sozialisten Gegetschkori, die Masken seien jetzt gefallen, in glatter Rede abzuwehren suchte? Diese Sitzung war unerwarteterweise zum Prüfstein des Tyranneihasses geworden. Nicht umsonst hatte der Schwarm der Parischkewitschgesellen wüste Skandale erhoben und mit ihren Schmähzurufen die Sitzung in eine Verbändlerkneipe verwandelt; ihre wütenden Lärmausbrüche sollten die Oktobristen davor warnen, aus ihrem angeblichen „Konstitutionalismus" Ernst zu machen, und sie hatten auch einen glänzenden Erfolg: der von der gefälschten Volksvertretung im Taurischen Palast sanktionierte Galgen wird nunmehr über Rußland weit und breit seine Herrschaft ausdehnen, und die ihn schützende Duma wird nur noch als Stützpfeiler der blutbefleckten russischen Bureaukratie betrachtet werden. Die Oktobristen aber, die vorgeben, die maßgebende Partei des Parlaments zu sein, haben sich für immer gerichtet.

Bielefelder Stadttheater.

en. Bielefeld, 7. Januar: Wie es euch gefällt. Lustspiel von Shakespeare in 3 Akten. Das war einmal wieder ein großer Tag für unser Theater, ein Erfolg, so vornehm und so vollständig, wie er nur zu wünschen war. Die Fabel des Lustspiels ist ja ganz nebensächlich, es ist der Zauber des Shakespeareschen Humors, welcher die Zuschauer gefangen nimmt, jene wunderbare Mischung von Scherz und Ernst. Dazu die prächtige Inszenierung und das wundervolle Spiel. Auch die Musik war prächtig, und die Lieder, geschmackvoll vorgetragen von Emil Pape und den beiden Herzogspagen Tilly Schulte und Marie Hilbrecht, wirkten äußerst stimmungsvoll. Melly Stollberg spielte die Rosalinde in vollendeter Weise, und sie hatte in Tilly Mufäus als Celia eine wackere Partnerin. Außerdem nennen wir noch Hans Freihen als Narr und Clarissa Linden als Käthchen. Das Publikum war begeistert, und das mit vollem Recht.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 8. Januar.

— **Hinweise auf Versammlungen, Besprechungen usw. finden unsere Leser von heute ab unter der Rubrik: Versammlungen.**

— **Freie Volksbühne.** Einige Bezirkskassierer haben ihre Beitragslisten noch nicht abgeholt; bis zum Dienstag abend muß abgerechnet sein.

— **Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp u. Co.** In der am 6. Januar d. J. stattgefundenen Aufsichtsratssitzung der Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp u. Co. zu Bielefeld wurde die Bilanz für das am 30. September 1908 abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Als Reingewinn nach Abzug von 143 031 Mk. für Abschreibungen verbleiben 525 039 Mark. Es soll der am 30. Januar d. J. stattfindenden Generalversammlung vorgeschlagen werden, 17 Proz. Dividende zu verteilen und nach Abzug der Tantieme für den Aufsichtsrat und der Dotierung des Pensions- und Unterstützungsfonds in bisheriger Höhe den Betrag von 2039 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Der Verlauf des neuen Geschäftsjahres war bisher befriedigend.
(General-Anzeiger.)

— **Ausstellung.** Die „Vereinigung der Vogelschutz- und Kanarienzüchter-Vereine" hielt vom 23. bis 26. Dezember v. J. ihre allgemeine Ausstellung in dem Lokale des Herrn Schors, Bahnhofstraße, ab. Ausgestellt waren in der Selbstzuchtklasse 36 Gesangs-Kanarien, davon erhielten 4 Vögel des Ausstellers Herrn A. Wöhrmann hier mit 217 Punkten den 1. Ehrenpreis und große silberne Medaille. — Aussteller Herr R. Nolte hier mit 207 Punkten den 2. Ehrenpreis und große silberne Medaille. — Herr W. Fischer hier mit 199 Punkten den 3. Ehrenpreis und kleine silberne Medaille. — Herr K. Fiebiger hier mit 195 Punkten den 4. Ehrenpreis und kleine silberne Medaille. — Herr Fr. Schneider mit 195 Punkten den 5. Ehrenpreis und kleine silberne Medaille. — Herr H. Stender hier den 6. Ehrenpreis und kleine silberne Medaille mit 183 Punkten. — Herr Fr. Dannenhaus hier mit 141 Punkten den 7. Ehrenpreis. — Herr W. Sewing hier mit 129 Punkten den 8. Ehrenpreis. — Herr R. Krome hier mit 110 Punkten den 9. Ehrenpreis.

In der allgemeinen Klasse waren ausgestellt 100 Kanarienhähne, davon 56 von auswärts. Ein Stamm sogar von Budapest. Den 1. Ehrenpreis und große goldene Medaille errangen die 4 Vögel des Ausstellers Herrn J. Friedrich hier mit 278 Punkten. — Den 2. Ehrenpreis und große goldene Medaille mit 272 Punkten Herr Zurheide, Detmold. — Den 3. Ehrenpreis und große goldene Medaille Herr B. Düsterhaus hier mit 254 Punkten. — Den 4. Ehrenpreis und große goldene Medaille mit 253 Punkten Herr Alb. Jacob, Leipzig. — Den 5. Ehrenpreis und große goldene Medaille mit 248 Punkten Herr O. Müller hier. — Den 6. Ehrenpreis und große goldene Medaille mit 240 Punkten Herr A. Kreie, Minden. — Herr H. Tütermann, Steinhagen, erhielt mit 239 Punkten den 7. Ehrenpreis und kleine goldene Medaille. — Herr H. Gehlen, Steinheim, den 8. Ehrenpreis und kleine goldene Medaille mit 231 Punkten. — Herr A. v. Busch, Steghorn, mit 219 Punkten den 9. Ehrenpreis und große silberne Medaille. — Herr Alb. Karge, Lübeck, mit 216 Punkten den 10. Ehrenpreis und große silberne Medaille. — Herr H. Ostmann hier mit 207 Punkten den 11. Ehrenpreis. — 7 andere Stämme erhielten noch silberne Medaillen.

In der Ausstellung der Vogelschutz-Abteilung erhielt der Aussteller Firma W. Bertelsmann, Verlag, Gadderbaum, für vorzüglich präparierte Sing- und Raubvögel einen 1. Preis und große goldene Medaille zuerkannt. — Die Herren Düsterhaus u. Fischer hier höchste lobende Anerkennung.

Für ausgestellte Sämereien und Zuchtuttensilien einen 1. Preis und große Medaille die Herren Fr. Riemeier hier und Fr. Klöpper, Detmold. — Für Vogelbauer einen 1. Preis Herr Cl. Schohaus hier. — Für Fachliteratur wurden ebenfalls 3 erste Preise vergeben. — Viele hiesige Firmen hatten die ausstellende „Vereinigung" in dankenswerter Weise durch Anzeigen unterstützt. — Der Besuch der Ausstellung war ein sehr guter, die Lose waren schon am 2. Tage der Ausstellung vergriffen.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Sonnabend abend geht Shakespeares „Romeo und Julia" als Klassikervorstellung zu kleinen Preisen in Szene. Sonntag abend wird die Lustspiel-Novität „Die Tür ins Freie", die bei der Erstaufführung am 2. Weihnachtsfeiertag größten Erfolg hatte, zum 3. Male gegeben. An beiden Tagen findet nachmittags eine Aufführung des Weihnachtsmärchens „Brüderchen und Schwesterchen" statt.

— **Der Zirkus Adolf Straßburger** (nicht zu verwechseln mit dem kürzlich hiergewesenen Zirkus L. Straßburger) wird vom 14. Januar ab zehn Tage lang auf dem Spielplatz des Fußballklubs „Arminia" Vorstellungen geben. Diese finden in einem gut geheizten komfortablen Holzbau statt. Näheres siehe Inserat in der heutigen Nummer.

— **Polizeibericht.** Prüfung für Lehrschmiedemeister. Herrn Karl Wiegand, hier, Herforderstr. 63, der nach viermonatigem Besuche der Anstalt zur Ausbildung von Lehrschmiedemeistern zu Charlottenburg die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, ist von der Prüfungskommission die Berechtigung erteilt, den Titel Hufbeschlaglehrmeister zu führen und als Vorsteher einer nach dem Gesetze vom 18. 6. 1884 vorgesehenen Lehrschmiede zu wirken.

Festgenommen wurden 3 Personen wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 1 Frauensperson wegen Diebstahls, 5 Bettler und 1 steckbrieflich verfolgte Person; 13 Obdachlose wurden im Polizeigefängnis untergebracht.

Eingebrochen wurde am 3. 1. 09 in einem Uhrenladen in Gelsenkirchen, wobei den Einbrechern zirka 60 Uhren im Werte von annähernd 2000 Mk. in die Hände fielen. Die Nummern der entwendeten Uhren können im Falle eines Angebots bei der Kriminalabteilung hier eingesehen werden.

1000 Mark Belohnung sichert die Versicherungs-Gesellschaft „Albingia" in Hamburg demjenigen zu, welcher zur Wiederherbeischaffung der Gegenstände und der baren Geldbeträge verhilft, die in der Nacht vom 24. zum 25. oder 25. zum 26. v. M. infolge Einbruchs in dem Geschäft der Firma Gebrüder Alsberg in Oberhausen entwendet worden sind.

— **Reinigen der Teppiche auf Schnee.** Teppichen verleiht das Klopfen auf Schnee eine ungeahnte Auffrischung, selbst etwas verblaßte Farben werden wieder lebhaft. Man legt den Teppich mit der rechten Seite auf völlig reinen Schnee und zieht ihn kräftig mehrere Male auf dem Schnee hin und her, legt ihn dann noch einige Male auf eine andere unberührte Stelle des Schnees und wiederholt das Hin- und Herziehen. Wenn der Schnee nicht mehr schmutzig wird, ist der Teppich sauber; zur Vorsicht kann man ihn dann aber noch über eine Leine hängen und dort abbürsten.

— **Blumenerde** soll besonders im Winter gesammelt und zurecht gemacht werden. Sie soll recht oft frieren und wieder auftauen; dadurch wird sie immer besser. Natürlich darf man sie nicht dorthin legen, wo Würmer und Maden hineinkriechen können. Um dies zu verhindern, streut man unter die Blumenerde etwa einen Finger hoch Kalk, dann werden die Würmer und ähnliches Gelichter schon daraus bleiben.

Die neue Tabaksteuer-Vorlage

beginnt schon jetzt ihre unheilvolle Wirkung auszuüben, noch ehe sie vom Reichstag beraten ist. So wird aus Haynau in Schlesien gemeldet, daß alle Arbeiter der dortigen Filiale der Greifenberger Zigarrenfabrik Kalmus u. Co. am letzten Mittwoch ihre Entlassung erhielten. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß man den Betrieb einstellt. Wann die Wiedereröffnung stattfinde, könne man noch nicht sagen, das hänge davon ab, wie sich die politische Situation entwickeln würde. Die Einstellung des Betriebes ist eine Folge der von der Regierung geplanten Besteuerung des Tabaks, die vielen Fabriken, so wie es die Tabakarbeiter und die Sozialdemokraten vorausgesagt haben, das Lebenslicht ausblasen muß. Aber die Regierung, die zur Aufrechterhaltung der Politik der eisernen Faust viel, sehr viel Geld braucht, fragt danach nicht, sie kümmert sich um das Zugrundegehen vieler Existenzen nicht und alle Warnungen sind ihr Wind. Gerade die Tabaksteuer schädigt die Arbeiter des Berufs auf das empfindlichste und die Folgen dieser unsinnigen Politik, zu der der Freisinn immer hilfreiche Hand geleistet hat, sind unübersehbar. Arbeitslosigkeit und im Gefolge Elend, Kummer und Not, das ist der erste „Erfolg" der noch nicht einmal beschlossenen neuen Tabaksteuer. Und wie wird es erst werden, wenn die Steuerprojekte der Regierung perfekt geworden sind? Pflicht eines jeden wahren Volksvertreters ist es, gegen diese Steuer zu stimmen, wie es auch Pflicht eines jeden Tabakarbeiters und jeder Arbeiterin ist, sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen.

Zum Tabakarbeiterkongreß

sind bis jetzt im 5. Gau 95 Delegierte gewählt. Die Delegierten verteilen sich auf die Wahlkreise folgendermaßen: Minden-Lübbecke 22, Herford-Halle 50, Bielefeld-Wiedenbrück 3, Lippe-Detmold 9, Kreis Pyrmont 3, Burgsteinfurt 1, Kreis Rinteln 2, Stadt Hameln 1, Warburg-Höxter 1, Soest 1, Stadt Osnabrück 2. Im Jahre 1906 waren aus diesem Gebiete 20 Delegierte zu dem damaligen Tabakarbeiterkongreß entsandt. Sollten die Steuerbewilliger im Reichstag durch dieses Aufgebot nicht doch noch zum Nachdenken kommen?

Zur Flugblattverbreitung

am Sonntag, 10. Jan., wollen sich die Genossen vollzählig und pünktlich einfinden.

Bielefeld. 4. Bezirk. Sonnabend, 9. Januar, abends 6 Uhr bezw. gleich nach Feierabend, bei Hellfinger.
Gadderbaum. Sonnabend, 9. Januar, direkt nach Feierabend, bei Vogt, Gütersloherstraße.
Babenhausen. Sonntag, 10. Januar, vorm. 9 Uhr. An bekannter Stelle.
Sieker. Vom unteren Sieker vormittags 8½ Uhr im Vereinslokale Meier, Heeperstraße.
Die Genossen von Brockmanns Hof um 8¾ Uhr beim Wirt H. Fehring.
Ummeln. Vormittags 9 Uhr an bekannter Stelle. Die Mitgliederversammlung fällt aus.
Gellershagen. Im Vereinslokale. Die Genossen für die Außenbezirke vormittags 8½ Uhr, für die Innenbezirke spätestens 9½ Uhr.
Schildesche. Vormittags 9 Uhr bei Wirt Böke, Bielefelderstraße.
Die Genossen von der Herforderstraße sammeln sich um 9 Uhr bei Wirt Fischer, Herforderstraße.
Brackwede. Vormittags ½9 Uhr an bekannter Stelle.

Versammlungen.

Werther. Sonntag, 10. Januar, vorm. 10 Uhr. Sozialdemokratischer Verein. Mitgliederversammlung.
Herford. Sonnabend, 9. Januar, abends 8½ Uhr. Sitzung des Gewerkschaftskartells. Zur Feststellung der Präsenzliste müssen die Delegierten die Mandate mitbringen.
Salzuflen. Sonnabend, 9. Januar, abends 8 Uhr, bei Kaiser. Sozialdemokratischer Verein. Mitgliederversammlung.
Schötmar. Sonntag, 10. Januar, nachmittags 3½ Uhr. An bekannter Stelle. Soz. Verein. Generalversammlung.
Spradow. Sonntag, 10. Januar, nachm. 2 Uhr. An bekannter Stelle. Parteibesprechung.
Bünde. Montag, 11. Januar, abends 7 Uhr, bei Nübel: Tabakarbeiterversammlung. Referent: Gauleiter W. Schlüter-Bielefeld.
Hückerkreuz. Sonntag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr, bei Gastwirt Hoffmeister: Protestversammlung gegen die Tabaksteuer. Referent: Reichstagsabgeordneter C. Severing-Bielefeld.
Oeynhausen. Sonntag, 10. Januar, nachm. 2 Uhr bei Küster. Sitzung des Gewerkschaftskartells.
Hausberge. Sonntag, 17. Januar. An bekannter Stelle. Sozialdemokratischer Verein. Mitgliederversammlung.
Minden. Sonntag 10. Januar, nachm. 3½ Uhr, im „Rosental": Protestversammlung gegen die Tabaksteuer. Referent: Reichstagsabgeordneter Fr. Geyer-Leipzig.
Minden. Montag, 11. Januar, abends 8½ Uhr, in der „Centralhalle". Soz. Verein. Mitgliederversammlung.

* **Schildesche,** 7. Januar. Gewerkschaftsversammlung. Sonnabend, den 9. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Lücking, Schildesche, eine Gewerkschaftsversammlung statt. Wir ersuchen um pünktliches Erscheinen, da um 9 Uhr schon die Versammlung des Soz.aldemokratischen Vereins beginnt.

* **Schildesche,** 7. Januar. Auf die Versammlung des Soz. Vereins am Sonnabend abend 9 Uhr im Lokale des Herrn Lücking, werden die Mitglieder hierdurch besonders aufmerksam gemacht.

* **Schildesche,** 8. Jan. Notstandsarbeiten sind zurzeit auch von der Gemeinde Schildesche eingerichtet worden. Es wurden etwa 20 Arbeiter beschäftigt, und zwar bei dem Kanalbau in der Schefferstraße und dem Straßenbau in der Augustastraße. Aber schon vor Weihnachten mußten immer 5 Mann abwechselnd einen Tag aussetzen aus Mangel an Beschäftigung. Nach den Feiertagen hat die Arbeit aufgehört. Es ist ihnen angeboten worden, Steine zu klopfen. Das Werkzeug dazu hätten sie sich erst anschaffen müssen, und die dazu nötigen 5 bis 6 Mk. würde die Arbeit nicht eingebracht haben. Sind solche Notstandsarbeiten notwendig, und daran dürfte wohl kaum jemand zweifeln, müßte die Sache auch besser organisiert werden. Wenigstens wird behauptet, daß Arbeiter, die es nicht so dringend nötig hatten, beschäftigt blieben, während die wirklich bedürftigen aussetzen mußten.

* **Herford,** 8. Jan. Passage-Theater. Auf das Inserat in heutiger Nummer sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

* **Bünde,** 7. Januar. Sämtliche Delegierte zur Tabakarbeiterkonferenz in Berlin werden zu einer Besprechung auf Sonntag, 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Nübel eingeladen.

* **Rheda,** 7. Januar. Abrechnung der Zahlstelle Rheda des Tabakarbeiterverbandes vom 4. Quartal 1908. Einnahme und Kassenbestand: 474,04 Mk.; Ausgabe: An Arbeitslose 23,80 Mk., Sterbegeld 30 Mk., an Streikende 19 Mk., an Kranke 26 Mk., Sonstiges 42,64 Mk., an den Hauptvorstand gesandt 330 Mk., Barbestand am Schlusse des Quartals 2,57 Mk. Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1908: 84.

* **Minden,** 6. Jan. Tabakarbeiterverband, Zahlstelle Minden. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. Einnahme: An Beiträgen und Kassenbestand 2780,20 Mk., Ausgabe: Krankenunterstützung 289,60 Mk., an Arbeitslose 16,80 Mk., Sterbegeld 35 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 16,50 Mk., Agitation, Sonstiges und Porto 67,15 Mk., an den Hauptvorstand gesandt 1700 Mk., Barbestand am Orte 645,15 Mark. Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1908: 556.

y. **Münster,** 7. Januar. In der Stadtverordnetensitzung vom 5. Januar wurden zunächst die im Herbst neu gewählten Stadtverordneten vom Oberbürgermeister Jungeblodt eingeführt und durch Handschlag verpflichtet. Hierauf verlas der Alterspräsident Stadtv. Wischmann, welcher den Vorsitz führte, eine Einladung zu einer Versammlung, in welcher gegen die neue Biersteuer Protest erhoben werden soll. Das Schreiben war vom Brauereibesitzer Dininghof unterzeichnet. Wahl des Stadtverordnetenvorstehers, welches Amt seit Jahren der Stadtv. Falger bekleidete, fiel wieder auf Falger. Er erhielt von 47 abgegeb. Stimmen 30, 16 Zettel sind unbeschrieben, eine Stimme erhielt Landesrat Kaiser. Herr Falger erhielt hierauf das Wort und erklärte: „Meine Herren, ich danke denjenigen Herren, welche ihre Stimme auf mich vereinigt haben für das

Vertrauen, welches sie mir entgegengebracht, erkläre jedoch, unter den gegebenen Umständen die Wahl nicht annehmen zu können". Eine allgemeine Bewegung entsteht. Der Alterspräsident schaut hilfesuchend nach rechts und links, bis schließlich Stadtv. Schmedding den Antrag auf Vertagung der Sitzung stellt. Der Antrag wird angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen.

Dieser Fall, welcher im Münsterischen Stadtparlament bis jetzt einzig dasteht, hat ein gewisses Aufsehen erregt, um so mehr, als man sonst gar keinen oder doch nur geringen Widerspruch von den Münsterschen Stadtvätern gewohnt ist. Durch den schnellen Schluß ist ja vorläufig weiteres Unheil verhütet worden, — und bis zur nächsten Sitzung wird man ja den die gekränkte Leberwurst spielenden so weit beruhigt haben, daß er schließlich doch noch das Amt annimmt, wenn er vielleicht mit einigen Stimmen mehr wie dieses Mal gewählt wird, — immerhin zeigt uns der Vorfall, daß es auch Gegensätze unter den Bürgerlichen gibt. Wie konnten auch nur so viel weiße Zettel abgegeben werden; einen besseren und gewandteren Sitzungsleiter, welcher es versteht, den Willen des Magistrats stets, wenn nötig ist, zur Durchführung zu bringen, bekommen wir doch sobald nicht wieder.

* **Münster**, 7. Januar. Zum Brande der Landesversicherungsanstalt gibt der Vorstand derselben folgende Erklärung ab: „Bei dem Brande des älteren Geschäftsgebäudes der Landesversicherungsanstalt Westfalen am 31. Dezember 1908 ist nur ein Teil der Akten von Rentenempfängern, also von Versicherten, die ihre Rentenbescheide bereits in Händen haben, zerstört. Da aber bei den Aufräumungsarbeiten noch ständig große Mengen dieser Akten, wenn auch beschädigt, geborgen werden, so läßt sich auch über diesen Schaden noch kein abschließendes Urteil fällen. Fast alle laufenden Rentenanträge und alle sonstigen laufenden Sachen sind rechtzeitig geborgen worden. Namentlich ist die Zeitungsmeldung, es seien Schuldurkunden von Hypotheken-Darlehen verbrannt, unrichtig. Der Geschäftsgang hat keine wesentliche Störung erlitten, da das geräumige neuere Geschäftsgebäude, in dem sich auch die Kasse und die Quittungskartensäle befinden, völlig unversehrt ist."

* **Hamm**, 7. Jan. Von der Zeche Radbod. Die Zechenverwaltung läßt der Welt verkünden, daß sie für die Bergung der über 300 Leichen, die noch in der Grube liegen, umfassende Maßnahmen getroffen habe. Die Arbeiter würden mit Sauerstoff-Apparaten versehen. Zur Unschädlichmachung der Verwesungsgase gelangten Säuren zur Anwendung. Die Arbeiter sollten Gummihandschuhe erhalten, um Infizierungen durch Leichengift zu vermeiden. Die Leichen würden gleich in der Grube in Särge gebettet, die Zinkeinsätze hätten, und sofort bestattet. Welche Zeit diese äußerst schwierige Massenbergung erfordern wird, vermöge die Verwaltung noch nicht zu übersehen.

Diese hier zum besonderen Lobe der Zechenverwaltung gepriesenen Maßnahmen entsprechen nur den absolut erforderlichen gesundheitlichen Vorsichtsmaßregeln, die wahrscheinlich die Behörde selbst für unerläßlich gehalten hat.

* **Oberhausen**, 7. Jan. Bergarbeiterlos. Auf der Zech „Konkordia" wurden zwei Bergleute von Gesteinsmassen erschlagen, ein dritter wurde schwer verletzt.

* **Köln**, 8. Jan. Das blutige Renkontre zwischen ausländischen Grubenarbeitern auf der Grube „Luise" bei Liblar, bei dem mehrere Bergleute tödlich verletzt wurden, hat im ganzen fünf Opfer gefordert. Die rohen Burschen hatten den Körper eines bei dem Streit Erschlagenen aufs Feld geschleudert, wo er erst gestern abend aufgefunden wurde. Verschiedene der Verdächtigen haben die Flucht ergriffen.

Das Erdbeben in Süd-Italien.

Messina, 7. Januar. Das Rettungswerk wird Tag und Nacht fortgesetzt, doch hat man wenig Hoffnung, noch Lebende aufzufinden. General Mazza verfügt gegenwärtig über 10 000 Mann Truppen. Die Regierung wird den Befehl erteilen, Zelte und Baracken aufzuschlagen, um denjenigen Eingeborenen, welche in ihrer alten Heimat bleiben wollen, zu gestatten, sich dort einzurichten. Der Bautenminister Bertolini erklärte die gegen italienische Soldaten und Matrosen erhobenen Beschuldigungen für ungerecht; sie arbeiteten sämtlich mit voller Pflichttreue an den Rettungsarbeiten. Der Wiederaufbau der Stadt sei nur möglich unter Beobachtung gewisser Bedingungen.

Neapel, 7. Januar. Die Verteilung der Lebensmittel wurde plötzlich eingestellt, da vorgestern 50 000 Rationen verteilt wurden, während die Zahl der Flüchtlinge, der Beamten und Soldaten, 20 000 nicht übersteigt. Dies ist ein Zeichen, daß die Bauern der Umgegend Messina als Wohltätigkeitsasyl betrachten. — In einem Eisenbahnwagen versammelten sich die 17 übrig gebliebenen Provinzialabgeordneten und forderten energisch, daß ihnen die oberste Zivilgewalt in der Stadt übertragen werde. — Giolitti erließ ein Dekret, um den mitgeteilten Fällen der Ausbeutung von flüchtigen jungen Mädchen zu steuern. Der Marineminister befahl die schleunigste provisorische Herstellung der Leuchttürme, um die Schiffahrt in der Meerenge von Messina wieder zu sichern.

Messina, 7. Januar. In Canitello gelang es einem Weber dank der Hilfe seiner Hunde, sich aus den Trümmern seiner Wohnung zu befreien. Als er ans Tageslicht gelangte, gewahrte er einen Mann in zerlumpter Kleidung, der im Begriff stand, sich Wertgegenstände aus der zerstörten Wohnung anzueignen. Als der Weber diesem Manne wegen seines Verhaltens Vorwürfe machte, griff dieser zum Revolver und wollte ihn erschießen. Die Hunde des Webers fielen den Räuber jedoch rechtzeitig an und verscheuchten ihn.

Rom, 7. Januar. England hat seine Geneigtheit kundgegeben, aus strategischem Interesse zum Wiederaufbau von Messina und Reggio beizusteuern.

Messina, 7. Januar. Gestern und vorgestern konzentrierte sich die Tätigkeit der Rettungsmannschaften darauf, die Bankwerte auf der Staatsbank zu retten. Die größte Sorgfalt wird zur Ordnung des Gesundheitsdienstes, sowie auf den Verpflegungsdienst, den Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst verwandt.

Berlin, 8. Jan. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung genehmigte einstimmig die Vorlage des Magistrats, den in Süditalien Geschädigten eine Spende von 50 000 Mk. zuzuwenden.

Rom, 8. Jan. Gestern mittag haben wieder heftige Erdstöße in Reggio stattgefunden. Die unruhige Bevölkerung ergriff die Flucht. Die Soldaten mußten die Ausgrabungen von Leichen unterlassen. Die Frauen setzten unter großem Geheul eine Prozession in Szene. In Palmi entstand ebenfalls gestern abend gegen 7 Uhr ein heftiges Erdbeben. Viele noch stehende Häuser und die Mauern des noch stehenden Domschiffes stürzten ein. Die Bevölkerung lief in wilder Erregung auf die öffentlichen Plätze und erhob Protest dagegen, daß noch keine Baracken errichtet worden sind. Der „Matello" berichtet, in Neapel sei in der letzten Nacht eine falsche Nachricht unter Gejohle und Geschrei verbreitet worden, man habe auch dort Erdstöße verspürt. Sofort stürzten 200—300 000 Menschen halbbekleidet ins Freie. Die Absicht der Verbreiter war, während der durch das Gerücht entstehenden Panik zu stehlen.

Vermischtes.

Ein neues Kriegsautomobil zur Beschießung von Luftkreuzern. Ein Kriegsautomobil neuer Konstruktion, das gegenwärtig für Zwecke unserer Heeresverwaltung hergestellt wird, soll als moderne Bekämpfungswaffe zur Unschädlichmachung von Luftkreuzern dienen. Ueber die beim Bau angewendeten Konstruktionen ist folgendes bekannt: Das ganze Gefährt ist einschließlich der Räder durch 3 Millimeter dicke Nickelstahl-Panzerbleche gegen feindliches Feuer geschützt. Das 5-Zentimeter-Schnellfeuergeschütz ist vorn beim Führersitz angebracht und mit einer drehbaren Panzerkuppel verbunden. Das Geschützrohr ist im Schwerpunkt gelagert und erhält Höhen- und Seitenrichtung durch eine Schulterstütze, die vom bedienenden Mann wie ein Gewehr in Anschlag geführt wird. Zur Abwehr des Rückstoßes, der durch das Abfeuern des zurückgleitenden Rohres erfolgt, ist eine hydrauliche Hemmung angebracht. Die Munition, die aus 100 Bodenkammer-Schrapnells besteht, befindet sich im rückwärtigen Teil des Gefährtes in einem Munitionskasten. Die Schußweite beträgt 7800 Meter. Das Automobil wiegt einschließlich der Panzerung, der Munition und der Bedienungsmannschaft von 5 Mann 3200 Kilogramm. Es hat einen Benzinmotor von 60 Pferdekräften und fährt mit einer Geschwindigkeit von 50—70 Kilometer in der Stunde.

Geschosse zum Zerreißen der Ballonhülle. Aus militärischen Kreisen wird der „Information" mitgeteilt: Das Neueste auf dem Gebiete der Bekämpfung von Luftschiffen ist die Konstruktion eines Schrapnells, das mit einer besonderen Vorrichtung versehen ist, um die getroffene Ballonhülle auch gleichzeitig zu zerreißen. Das betreffende neukonstruierte Artilleriegeschoß ist ein Bodenkammer-Schrapnell, dessen größte Schußweite 7800 Meter beträgt, mithin wohl imstande ist, gegen Luftkreuzer in jeder beliebigen Höhe Verwendung zu finden. Das wesentlich neue in der Einrichtung des Geschosses besteht darin, daß der Doppelzünder mit rotierenden Messingflügeln versehen ist, denen beim Treffen die Aufgabe zugedacht ist, die Ballonhülle zu zerreißen. Das Schrapnell enthält, abgesehen von der gewöhnlichen Sprengladung, 128 Hartbleikugeln, von denen jede 8 Gr. wiegt. Bestimmt sind diese neuen Geschosse für ein 5 Zentimeter-Schnellfeuergeschütz, das seinen Platz am besten in einem Panzerautomobil zur Bekämpfung von Luftschiffen erhält.

Aus dem oberschlesischen Bergarbeiter-Revier. Aus Kattowitz in Oberschlesien bringt die bürgerliche Presse Meldungen über große Arbeiter-Tumulte, die sich auf der „Ferdinandgrube" bei Bogutschütz abgespielt haben sollen. Die Grubenverwaltung hat im vergangenen Monat angeblich deswegen galizische Arbeiter entlassen, um arbeitslose Hafenarbeiter aus Stettin einzustellen. Die Hafenarbeiter sollen nun mit den schlechten Wohn- und Lebensverhältnissen in den Zechen-Schlafhäusern nicht zufrieden gewesen sein und im Verlauf der gegenseitigen Auseinandersetzungen sei es zu Tätlichkeiten gekommen, bei denen Revolver, Gummischläuche und Zaunlatten eine Rolle gespielt hätten. Polizei, Gendarmerie und Feuerwehr habe gegen die Demonstranten nichts auszurichten vermögen.

Soweit die bürgerliche Presse. Wenn etwas Wahres an der Schauermär sein sollte, dann kann sich die Sache höchstens so verhalten, daß die fremden Industriearbeiter nicht vermocht haben, sich so rasch in die überaus traurigen Arbeitsverhältnisse oberschlesischer Bergarbeiter hineinzuleben. Die Schuld trifft dann nicht die demonstrierenden Arbeiter, sondern die Grubenbesitzer, die es verstanden haben, die armen rückständigen oberschlesischen Arbeiter in Verhältnissen zu erhalten, die allen menschlichen Anforderungen Hohn sprechen.

Ein Einbrecher im Köpenicker Rathaus. **Berlin**, 7. Jan. In der vierten Morgenstunde drang heute in Köpenick ein bisher noch unermittelter Einbrecher von der Straße aus durch den Rathauskeller, dessen Flur an den hinteren Eingang der Kasse mündet, in die Kassenräume ein. Dem Einbrecher gelang es nur, den verhältnismäßig geringen Betrag von 600 Mk. zu erbeuten, den er der Wechselkasse entnahm.

Wegen Lustmordes verhaftet. **Gießen**, 7. Jan. Wegen des am Weihnachts-Heiligabend im Gießener Stadtwald an einem Knaben verübten Lustmordes war, wie gemeldet, der Schuhmacher Reif verhaftet worden unter dem Verdacht der Täterschaft. Reif wird von der Staatsanwaltschaft Pforzheim auch mit dem Mitte November v. J. bei Pforzheim verübten Lustmord in Verbindung gebracht.

Dynamit-Explosion. **Oberfurth**, 7. Jan. In den hiesigen Kohlenbergwerken explodierten 2½ Kilo Dynamit, wobei ein Mann getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Wölfe in Oberschlesien. **Kattowitz**, 7. Jan. Aus Oberschlesien wird das Erscheinen von Wölfen gemeldet. Gestern erschien in der Nähe der Myslowitzer Waldungen ein ganzer Rudel Wölfe, die sehr bald eine Schar bewaffneter Jäger und Beamten auf die Beine brachten. Zwei der Bestien wurden erlegt, während die übrigen entkamen. Das ganze russische Grenzgebiet wird nun streng bewacht, um den Uebertritt der hungernden Tiere zu verhindern.

Letzte Nachrichten.

Köln, 8. Jan. In einer offiziösen Meldung aus Berlin erklärt die „Köln. Ztg." zu der bekannten Neujahrsansprache des Kaisers: Der Vorgang stellt sich als ein rein militärischer Akt dar. Die Aeußerungen des Kaisers bei dieser Gelegenheit sind nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt und der Oeffentlichkeit auf amtlichem Wege auch nicht mitgeteilt worden. Es fehlt somit der Erörterung in der Presse die beglaubigte Grundlage, ebenso aber auch der Anlaß zu einer begründeten Kritik. Der Schlieffensche Artikel beschäftigt sich mit der militärischen Entwicklung Europas unter Zugrundelegung derjenigen politischen Kombination, die für Deutschland die nachteiligste sein würde. Das entspricht durchaus der richtigen militärischen Regel, derzufolge man, um unter allen Umständen sicher zu gehen, mit den nachteiligsten Möglichkeiten rechnen muß.

Magdeburg, 8. Jan. Wegen Sittlichkeitsverbrechen an der eigenen 17jährigen Tochter verurteilte das Landgericht den Kaufman Heinrich Zausch zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Hanau, 8. Jan. Der Schachtmeister Blum vom Fürstlich Solmschen Bergwerk Wolfersheim in Hessen wurde wegen Unterschlagung von 12 000 Mk. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Karlsruhe, 7. Jan. Wie die „Badische Presse" von gut unterrichteter Berliner Seite erfahren haben will, hat die Reichsregierung die Elektrizitätssteuervorlage zurückgezogen.

Wien, 8. Jan. Das Torpedoboot „Narval" geriet bei Lesina im Adriatischen Meere auf einen Felsen. Der Schiffskörper wurde völlig zerdrückt. Einem Matrosen wurden beide Beine zerquetscht. Das Schiff wird durch seitlich angebundene Barken über Wasser gehalten.

Petersburg, 7. Jan. Die letzten Meldungen aus Ispahan berichten, daß die Revolutionäre auf der ganzen Linie siegreich sind. Die revolutionären Behörden sorgen für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Sie verfügen über 40 000 Mann gutbewaffneter Soldaten. Die Regierung rüstet eine Expedition aus, welche gegen Ispahan aufbrechen soll. Man befürchtet die Ausbreitung der aufrührerischen Bewegung. In Petersburg ist eine Abordnung der konstitutionellen Partei eingetroffen, um die russische Regierung über den anarchistischen Zustand in Persien aufzuklären und dieselbe zu veranlassen, gemeinschaftlich mit England zu intervenieren.

Standesamts-Nachrichten.

Amt Enger. Vom 25. bis 31. Dezember 1908:

Geburten: Söhne: Neubauer Aug. Brokmann, Pödinghausen; Zigarrenarbeiter Hermann Schröder, Westerenger; Schlosser Friedrich Vilmar, Enger.

Töchter: Handarbeiter Heinrich Puls, Oldinghausen; Zig.-Arbeiter Heinr. Schröder, Westerenger; Zig.-Arbeiter Friedrich Beckendorf, Belke-Steinbeck.

Aufgebote: Zig.-Arbeiter Aug. Korte, Besenkamp, und Zig.-Arbeiterin Anna Barrmeyer, Hüffen.

Sterbefälle: Herm. Wilh. Brokmann, Pödinghausen, 18 Std.; Witwe Anne Margarete Ilsabein Höpker geb. Wächter, Enger, 98 J.

Amt Herford. Vom 28. Dezember 1908 bis 2. Januar 1909:

Geburten: Sohn: Bäcker Heinrich August Möller-Sundern.

Töchter: Bäcker Hermann Becker-Eickum; Landwirt Friedrich Feldmann-Diebrock.

Aufgebote: Schlosser Gustav Brünger-Diebrock und Marie Meyer-Herringhausen; Arbeiter Wilhelm Heitlindemann und Hausgehilfin Auguste Riepe-Eickum.

Sterbefall: Luise Henriette Deppendorf geb. Becker-Schwarzenmoor, 80 J.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Fettdruck hervorgehobenen Vereine gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an: Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Arbeiter-Sänger-Bund Westfalen, Arbeiter-Turner-Bund.

Sonnabend.

Freie Turnerschaft Bielefeld. 1. Abteilung, Turnhalle Bleichstraße 66, Turnen der Männerabteilung und Vorturnerschaft, 8¾ Uhr.

Klub „Geselligkeit" 9 Uhr bei Schneider, Kampstraße.

Skatklub „Gut Glück" 9 Uhr bei Schneider, Kampstraße.

Skatklub „Gemütlichkeit" 9 Uhr bei C. H. Apenbrink, Herforderstraße.

Theaterklub „Olympia" 9 Uhr bei Imkamp, Engerschestraße.

Radfahrerverein „Dornberg" 9 Uhr bei Wirt Bökenkamp, Babenhausen.

Turn-Verein „Jahn", Dornberg.

Oerlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit" 9 Uhr bei L. Niewald.

Minden. Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts" in der Centralhalle", Ritterstr. 18 (Eingang Trockenhof).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Inventur-Verkauf.

Mit unserem
Inventur-Verkauf
beginnen wir
Montag, 11. Jan.,
mittags 2 Uhr.

Wie in allen vorangegangenen Jahren, so haben wir auch in diesem Jahre während unserer Inventur Warengattungen zurückgesetzt, welche wir für den Inventur-Verkauf bestimmt haben. Ausserdem haben wir es uns angelegen sein lassen, grosse Warenposten, ganz hervorragend billig, eigens für diesen Verkauf zu erstehen. Mit unserem Angebot werden wir alles überragen, was seit Jahren geboten wurde. ∴

S. Alsberg & Co.

138

Besonders günstiges Angebot!

Posten **Spitzen 5 bis 10 ₰** | Posten **Spitzen u. Einsätze 20-30 ₰**

Posten **Tüll- und Spachtel-Spitzen 40 bis 60 ₰** Wert bis 1.50 ℳ

Posten **seid. Besätze** Mtr. **15 ₰** | Posten **seid. Besätze 80 b. 100 ₰** Wert b. 3.00

ca. 500 Mtr.

Valenciennes u. Spachtelstoffe

für Blusen u. Einsätze

75 ₰ 1.00 bis 1.50 ℳ Besonders preiswert!

Ein grosser Posten

Ia. Madapolames u. Cambric-Festons u. Zwischensätze

Meter **12, 20, 30 bis 50 ₰**

ca. 300 Mtr. Ia. breite Unterrock-Festons

äusserst preiswert!

Seid. Bänder. **Waschbesätze.**

Posten **Unterzeuge** von **95 ₰** an | Posten **blaue Jacken u. Hosen** Stück **1.40 ℳ**

Posten **Blusen 75 ₰**

Loden-Capes

für Herren, Damen und Kinder.

Elegante Woll- und Seiden-Blusen

Serie I **4.50** Serie II **5.75** Serie III **8.50**

Posten weiss Japon-Blusen streng modern St. **5.60**

Posten weiss Voile-Blusen St. **4.50 bis 8.00**

Posten **elegante seidene Blusen** sonst bis 25.00, jetzt **12.50**

Kostüm-Röcke

nur neue moderne Sachen

Schwarz Satin-Tuch St. **7.50 bis 12.50**

Chevron, schwarz u. marine **12.50 bis 18.00**

Posten **äusserst haltbare Kostüm-Röcke** St. **3.75 bis 7.50**

Kleiderstoffe in Wolle u. Baumwolle sehr preiswert.

Schürzenstoffe, 140 cm **Baumwolle und Nessel** ebenfalls sehr preiswert.

Der Verkauf beginnt Sonnabend morgen.

Beachten Sie meine Schaufenster.

Georg Meier

127

gegenüber der Reichspost **Reichspoststrasse 4** gegenüber der Reichspost.

Stadttheater.

Sonnabend, den 9. Januar 1909, nachmittags 3½ Uhr:
Kleine Preise! Zum 8. Male!
Brüderchen u. Schwesterchen
Abends 7½ Uhr:
Klassiker-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Romeo und Julia
Sonntag, 10. Januar 1909, nachmittags 3 Uhr:
Kleine Preise! Zum 9. Male!
Brüderchen u. Schwesterchen.
Abends 7 Uhr:
Zum 3. Male! Die am 2. Weihnachts-Feiertag mit größtem Erfolg aufgeführte Lustspiel-Novität:
Die Tür ins Freie.



Trinkt Aha's Excelsior! 83

Bielefeld, Kaiserstrasse

auf dem Spielplatze des Fußballklubs **„Arminia".**

Nur 10 Tage!

Eigener, **komfortabler Holzbau,** welcher mittelst eigener Heizungsanlage **gut geheizt** wird.

Zirkus

Adolf Strassburger

(nicht zu verwechseln mit dem kürzlich hier gewesenen Zirkus L. Straßburger)

das wirklich größte, eleganteste und leistungsfähigste Unternehmen, das jemals den Kontinent bereiste, trifft demnächst mittelst einiger Sonderzüge in Bielefeld ein und gibt am

Donnerstag, 14. Januar, abends 8¼ Uhr

seine

Eröffnungs-Vorstellung,

welche alles bisher dagewesene auf dem Gebiete der zirkussischen Vorführungen in den Schatten stellt.

Nur Attraktionen, welche in Deutschland noch nie gesehen wurden, so daß eine jede Piece des Repertoirs eine **Sensation** bildet.

Spezialität:

Massenpferdedressuren,

in einer Vollendung, wie sie von keinem anderen Unternehmen auch nur annähernd erreicht wurden.

Eröffnungs-Vorstellung: Donnerstag, 14. Januar, abends 8¼ Uhr.

Alles Nähere die weiteren Annoncen und Plakate. 130

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist vorrätig:

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe.

Leitfaden für Unterrichtskurse von Dr. Hermann Dunker.

Preis 40 Pfennig. — Porto 5 Pfennig.

Deutscher Transportarbeiter-Verband,

Ortsverwaltung Bielefeld.

Sonntag morgen 10 Uhr im Restaurant **Stadt Bielefeld,** Marktstraße 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung im Lokal.

135 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband

aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Zahlstelle Brackwede.

Sonntag, 10. Januar, morgens 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn **Karl Schröder** unsere diesjährige

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Umwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht dringend

122 **Die Ortsverwaltung.**

Bielefelder Consum-Verein.

Zum 1. April dieses Jahres suchen wir für unsere Verkaufsstelle Nr. 18 in Ummeln einen gewandten und tüchtigen, in dortiger Gegend bekannten

Lagerhalter,

der Kaution stellen kann.

Gefl. Offerten mit Angabe der Mitgliedsnummer sind bis zum 15. Januar einzureichen. 126

Der Vorstand.

Vorgerückter Saison wegen gebe

Oefen

verschiedener Systeme spottbillig ab.

C. Brakemeier,
6585 Rohrteichstr. 72.

Haupt-Arbeitsnachweis

Bielefeld.

Zimmerstr. 19. Fernsprecher 292.
Nur Werktags geöffnet:
vormittags von 8—1 Uhr.
nachmittags von 4—7 Uhr.

Männliche Abteilung.

Es werden gesucht:

1 Barbier, 1 Modelltischler, 1 Glaser, 4 Kaufmannslehrlinge, 1 Klempner, 1 Schlosserlehrling, 1 Goldschmiedelehrling, 1 Klempnerlehrling, 1 Steindruckerlehrling, 1 Schmiedelehrling, 1 Polstererlehrling.

Es suchen Arbeit:

Ackerknechte, Bäcker, Drechsler, Bohrer, Bauarbeiter, Dreher, Fabrikarbeiter, Former, Tischler, Klempner, Kesselschmied, Gärtner, Kutscher, Hausburschen, Schleifer, Handlanger, Sattler, Maler, Bau- u. Maschinenschlosser, Zimmerer, Ziegler, Erdarbeiter, Lackierer, Knechte.

Weibliche Abteilung.

Es werden gesucht:

Mehrere Dienst- und Landmädchen, 1 Köchin nach Oeynhausen, mehrere Zweitmädchen, 2 Köchinnen, mehrere Mädchen oder alleinstehende Frauen für auswärtige Fleischwarenfabrik.

Es suchen Arbeit:

Mehrere junge Kontoristinnen, mehrere Arbeits-, Wasch- u. Stundenfrauen.

Bielefeld, den 7. Januar.

Die Verwaltung.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 6. Bielefeld, Freitag, 8. Januar 1909. 20. Jahrg.

Aus dem gelben Sumpf.

Der Leitung des Metallarbeiterverbandes in Berlin ist ein ansehnliches Bündel Briefe zugeflogen, welche der bekannte journalistische Führer der gelben Arbeiter, Rudolf Lebius, in der Zeit vom Herbst 1907 bis zum Sommer 1908 im Interesse der gelben Organisation und des von ihm herausgegebenen gelben Blattes „Der Bund" geschrieben hat. Der Metallarbeiterverband hat diese Briefe in einer Broschüre veröffentlicht. Was jedem Kenner der gelben Vereine längst bekannt ist, das wird durch die Lebius-Briefe in jeder Hinsicht bestätigt: Die gelben Vereine wirken nicht für die Interessen der ihnen angehörigen Arbeiter, sondern sie fördern die Interessen und das Wohl der Unternehmer. Das ist der einzige Zweck der gelben Vereine und die Absicht ihrer Gründer und Leiter. Die gelben Vereine werden deshalb mit Geldmitteln der Unternehmer ausgehalten und die betörten Arbeiter, welche den Lockrufen der gelben Häuptlinge folgen, sind nichts anderes als Werkzeuge in den Händen der Söldlinge des Unternehmertums.

Es ist eine elende Lüge, wenn behauptet wird, die gelben Vereine verdanken ihre Existenz der Initiative von Arbeitern, die sich bewußt und aus eigenem Antriebe von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften abwandten und die nun, weil sie im Frieden mit den Unternehmern ihr Heil erblicken, die freien Gewerkschaften bekämpfen. Es existiert nicht ein einziger gelber Verein, dessen Gründung auf das Betreiben von Arbeitern zurückzuführen ist. Soweit Arbeiter bei der Gründung und Leitung gelber Vereine überhaupt in die Erscheinung treten, sind sie nur Strohmänner, nur vorgeschobene Personen, hinter denen direkt oder indirekt die Unternehmer als treibende Kräfte stehen, und auf diese Weise ihre eigenen Interessen zum Nachteil der Arbeiter um so wirksamer wahrnehmen zu können.

Aus den Lebius-Briefen sehen wir, wie die Gründung gelber Vereine zustande kommt. Mit der Rührigkeit und der Reklamesucht eines geriebenen Geschäftsmannes wendet sich Lebius an die Leitungen großindustrieller Etablissements und sucht sie für die Gründung gelber Vereine zu gewinnen. Lebius schreibt an die Direktion der Harpener Bergbaugesellschaft in Dortmund, an die Direktion der Hibernia-Bergwerksgesellschaft in Herne, an den Bergbaulichen Verein in Essen, an die Direktion des Hörder Vereins in Hörde, an die Direktion der Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb „Phönix" in Hörde, an die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft in Gelsenkirchen mit dem Ersuchen, sie möchten doch gelbe Werksvereine ins Leben rufen. Um den arbeiterfeindlichen Leitern der westfälischen Gruben- und Hüttenindustrie die Gründung gelber Vereine empfehlenswert erscheinen zu lassen, prahlt Lebius in seiner aufschneiderischen Weise:

„Durch die gelbe Arbeiterbewegung haben bereits im letzten Jahre die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Berlin um viele tausend Mitglieder abgenommen. Wir hoffen im Laufe eines halben Jahrzehnts die Sozialdemokratie um die Hälfte ihrer Mitglieder gebracht zu haben."

Natürlich weiß Lebius, daß das Ziel, welches er den Unternehmern in Aussicht stellt, nicht aus eigener Kraft der für die gelben Vereine eingefangenen Arbeiter erreicht werden kann. Deshalb läßt er seinen reklamehaften Verheißungen die eindringliche Mahnung folgen:

„Freilich ist es nötig, daß wir bei diesem Werke bei den Arbeitgebern auf Verständnis und Unterstützung stoßen."

Dem Geheimen Kommerzienrat Baare in Bochum, einem hervorragenden Vertreter der nackten Unternehmerinteressen, sucht Lebius klarzumachen, daß die Förderung der christlichen Arbeiterbewegung nicht im Interesse der Unternehmer liege. Deshalb möge der Herr Geheimrat seine Arbeiterorganisationen etwas modernisieren:

„Ich würde Ihnen vorschlagen" — schreibt Lebius — „ganz allmählich lieber eine gelbe Organisation in Ihrem Werke zu befördern. Das würde ungefähr auf dasselbe hinauskommen, als wenn ein weitschauender Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten Maschinen durch moderne Maschinen ersetzt und mit dieser Maßnahme nicht bis zu dem Zeitpunkt wartet, wo ihm das Feuer unter den Nägeln brennt."

Hierdurch gibt also Lebius mit zynischer Offenheit zu, daß er seine gelben Vereine als Maschinen betrachtet, die sich ein kluger Unternehmer in seinem Geschäftsinteresse beizeiten anschaffen muß. — Recht schmeichelhaft für die Arbeiter, welche sich von den gelben Drahtziehern einfangen lassen.

Die von Lebius konstruierten gelben Vereinsmaschinen setzen sich allerdings nicht aus leblosem Material, sondern aus leibhaftigen Menschen zusammen, die das Nachdenken noch nicht ganz verlernt haben. Die Maschinen würden wohl nicht in Gang gesetzt werden können, wenn ihre Teile, nämlich die für den gelben Verein bestimmten Arbeiter sähen, daß die Vereinsgründung von den Unternehmern selbst ausgeht. Um die Arbeiter zu täuschen, müssen also Strohmänner vorgeschoben werden. Wie das zu machen ist, das sagt Lebius in diesem Briefe:

„An die Direktion der Aachener Stahlwarenfabrik, Aachen.

Auf Ihr wertes Schreiben vom 5. dieses Monats erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die Anregung zur Vereinsgründung keinesfalls von Ihnen ausgehen soll. Bei den Siemenswerken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung. Bei den R. Wolffschen Werken, Magdeburg-Buckau, ging die Anregung von dem Leiter des Lohnbureaus aus. Dieser Herr besprach die gelbe Vereinsgründung mit einem sehr talentvollen Arbeiter (Buchbinder), der den Verein bereits auf 750 Mitglieder gehoben hat. Die Arbeiter müssen natürlich den Entschluß zur Gründung eines solchen Vereins selbst fassen, die Anregung dazu kann aber ganz gut von einem unteren Beamten ausgehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius."

Nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die Privatbeamten möchte Lebius für seine gelben Vereine einfangen. Er schreibt:

Herrn Syndikus Karl König, Nürnberg.

Bezugnehmend auf Ihren Artikel in der letzten Nummer der „Arbeitgeberzeitung" möchte ich ergebenst anregen, ob man vielleicht für die Techniker und Privatbeamten eine gelbe Arbeitnehmerorganisation schaffen sollte. Ich würde meine Unterstützung gern dazu leihen.

Hochachtungsvoll
Rudolf Lebius.

Die Privatindustrie genügt dem Führer der Gelben nicht. Er bemüht sich, daß ihm auch die im Dienste des Staates beschäftigten Arbeiter zugeführt werden, wie folgender Brief zeigt:

An die Königliche Eisenbahndirektion,
Schöneberger Ufer 1/4.

Da die Königliche Eisenbahndirektion doch wohl der größte Arbeitgeber in Deutschland ist, so wäre mir sehr daran gelegen, den zuständigen Dezernenten über Wesen, Ziel und Erfolge der gelben Arbeiterbewegung einen kurzen Vortrag halten zu dürfen. Ich bemerke, daß wir in den letzten 2 Jahren in Berlin etwa 25 000 Mitglieder neu gewonnen haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

Wenn es gilt, irgendwo einen gelben Verein zu gründen, ist Lebius sogar bereit, „persönliche Opfer" zu bringen. In einem Briefe an den Direktor Karl Roderburg in Hagen erbietet sich Lebius, behufs Gründung eines gelben Vereins nach Hagen zu reisen, wenn ihm das Fahrgeld 3. Klasse erstattet wird. — Man denke: Lebius, dessen Frau eine komfortable Wohnung in feinster Gegend Charlottenburgs inne hat, ist sogar bereit, in der dritten Wagenklasse zu reisen, wie zu jener Zeit, wo er noch in so bescheidenen Verhältnissen lebte, daß ihm eine Eierkiste als Speiseschrank diente. — Welche Opferwilligkeit!

Wir haben gesehen, daß die Gründung der gelben Vereine lediglich auf Betreiben der Unternehmer erfolgt. Weitere Lebius-Briefe zeigen uns, daß auch die Verwaltung und Leitung der gelben Vereine nicht durch diese selbst, sondern durch die Unternehmer, wenn nicht direkt, so doch unter Vormundschaft derselben ausgeübt wird. Einem Spediteur Fritz Bäte in Hannover empfiehlt Lebius, eine geeignete Kraft zur Leitung der gelben Bewegung in Hannover, doch fragt er zunächst bei Herrn Bäte an, welches Gehalt er für den „gewünschten Mann" ausgesetzt hat. Herr Bäte scheint keinen bestimmten Vorschlag gemacht zu haben, deshalb teilt ihm Lebius mit, daß in Berlin der gelbe Sekretär der Metallarbeiter monatlich 200 Mk. erhält, während der Sekretär der gelben Holzarbeiter mit 150 Mk. abgefunden wird.

In richtiger Würdigung des Umstandes, daß die Funktionäre der gelben Vereine Vertrauensmänner der Unternehmer sind, schreibt Lebius an den Betriebsdirektor der „Union" in Dortmund:

„Es würde mich sehr freuen, wenn Sie wenigstens für Ihre Vertrauensleute einige Exemplare des „Bund" bestellen würden."

Das Ersuchen um Abonnements auf sein Blatt „Der Bund" sowie die Bettelei um Geldzuwendungen an die gelben Vereine seitens der Unternehmer kehrt in vielen Briefen wieder. Manchmal auch mit der Versicherung, daß die Unternehmer sich durch solche Zuwendungen einen bestimmenden Einfluß auf den Verein sichern. So schreibt Lebius an den Arbeitgeberschutzverband deutscher Glasfabriken in Dresden:

„Dadurch, daß Sie dem Verein eine laufende Beihilfe geben, die gar nicht groß zu sein braucht, gewinnen Sie ein dauerndes Aufsichtsrecht über den Verein."

Also, der Judaslohn, für den die Gelben an die Unternehmer verkauft werden, braucht gar nicht groß zu sein. Solche schmutzigen Geschäfte werden zu den niedrigsten Preisen abgeschlossen.

Die Weltfirma Siemens u. Halske hat sich durch eine Spende von 8400 Mk. der Dankbarkeit Lebius versichert. Deshalb fühlt sich Lebius gedrungen, ein Loblied auf diese Firma zu singen. Das beweist der folgende Brief:

„An die Direktion der Siemens u. Halske-Akt.-Ges.
SW., Askanischer Platz 3.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand erlaubt sich, der geehrten Direktion für die in hochherziger Weise zugesandte Unterstützung von 8400 Mk. auf ein Jahr seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Wir werden unsere Dankbarkeit auch durch die Tat dadurch zu verwirklichen suchen, daß wir getreu unseren Prinzipien mit aller Kraft für den Frieden in der deutschen Industrie kämpfen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius."

Wenn Lebius den Unternehmern verspricht, daß sie sich durch Geldzuwendungen dauernde Aufsichtsrechte über die gelben Vereine erkaufen können, so hält er in dieser Hinsicht sein Versprechen. Einen Herrn Pappendorf in Ober-Schöneweide ladet er ein, einen Vortrag im gelben Verein zu halten, und teilt ihm mit, Herr Direktor Peierls vom Kabelwerk

„hatte die Güte, keinen Einspruch gegen Ihr Referat zu erheben."

In einem anderen Briefe ersucht Lebius den Direktor Peierls, die von einem gelben Vorstandsmitglied angezweifelte Rechnungsführung des Vereinskassierers durch einen Werksbeamten nachprüfen zu lassen.

Der Firma Schreiber u. Beuster in Charlottenburg teilt Lebius mit, daß sein damaliger Freund Beiersdorf zum Agitationsbeamten für den Bund der gelben Vereine gewählt worden sei, weil er talentvoll sei. Weiter berichtet Lebius an den Unternehmer, daß sein talentvoller Freund Beiersdorf viele Fehler habe, besonders den, daß er zu schnell Freundschaft schließe. Nachdem Lebius seinen gelben Bundesgenossen in dieser Weise angeschwärzt hat, läßt er seinen Brief in den Satz ausklingen:

„Wenn Sie mit Beiersdorf nicht zufrieden sein sollten oder sonst Anlaß zur Beschwerde haben, bitte ich Sie ergebenst, mich zu benachrichtigen. Ich werde umgehend für Abhilfe sorgen."

Wie man sieht, sind im Hause der Gelben die Unternehmer die Herren und Lebius erscheint in der Rolle des Hausknechts, welcher „umgehend für Abhilfe sorgt", wenn sich im Hause jemand bemerkbar macht, der den Hausherren nicht paßt.

Bei seinen Bemühungen um die Ausbreitung der gelben Vereine konnte Lebius natürlich an einem so bekannten Vertreter kurzsichtiger Unternehmerinteressen, wie es der Obermeister Rahardt ist, nicht vorübergehen. Er schreibt:

Herrn Obermeister Rahardt, Alexanderstr. 31.

Sehr geehrter Herr Obermeister!

Der gelbe Arbeitsbund hat den Meinekeschen Handwerkerschutzverband in seinem Arbeitsnachweis, Chausseestr. 9, gern Unterkunft gewährt. Im Vergleich zu unseren blühenden gelben Arbeitervereinen in der Metallindustrie führt nun der gelbe Tischlergesellenverein ein gar gräßliches Dasein. Wir glauben, daß es möglich wäre, auch den Tischlergesellenverein in die Höhe zu bringen. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie einigen unserer Bundesvorstandsmitglieder gestatten würden, bei Ihnen vorzusprechen, um die Maßnahmen zur Hebung des Tischlergesellenvereins zu erörtern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.
Aus dem Englischen von Julius Seybt.

18

Nach einigem Suchen wurde Dick entdeckt und nach gründlicher Säuberung unter der Pumpe Mr. Bumble vorgeführt.

Das Kind war bleich und mager; seine Wangen waren eingesunken und seine Augen groß und fieberisch glänzend. Die armselige Parochialkleidung, die Livree seines Elends, hing schlotternd um seinen schwächlichen Körper, und seine jungen Glieder waren welk wie die eines alten Mannes.

„Wie geht es dir?" fragte Mr. Bumble den Knaben, der zitternd dastand und seine Augen nicht vom Fußboden zu erheben vermochte.

„Ich glaube, daß ich bald sterben muß," erwiderte der kleine Patient, „und ich freue mich auch recht darauf, denn ich habe ja keine Freude hier. Sagen Sie doch Oliver Twist, wenn ich erst tot bin, ich hätte ihn sehr lieb gehabt und tausendmal an ihn gedacht, wie er allein und hilflos umherwandern müßte —"

Er hatte die Worte mit einer Art von Verzweiflung gesprochen, ohne sich durch Frau Manns pantomimische Drohungen irren zu lassen; doch erstickten endlich Tränen seine Stimme.

„Frau Mann," bemerkte Bumble, „ich sehe wohl, der eine ist wie der andere. Sie sind samt und sonders durch den Taugenichts Oliver Twist verführt und verdorben worden. Ich werde dem Direktorium Anzeige von dem Falle machen, damit strengere Maßregeln angeordnet werden. Lassen Sie ihn sogleich wieder hinausbringen!"

Dick wurde in den Kohlenkeller gebracht, und Bumble begab sich wieder zur Stadt zurück, wo er sich in kürzester Frist reisefertig machte und mit den beiden nach London zu schaffenden Armen die bestellten Außenplätze der Postkutsche einnahm. Die beiden Armen klagten viel über Kälte; Bumble hüllte sich dicht in seinen Mantel, philosophierte ziemlich mißvergnügt über den Undank und die unablässigen unzufriedenen Klagen der Menschen und fühlte sich erst wieder recht behaglich, als er in dem Gasthause, in welchem die Kutsche anhielt, sein gutes Abendessen eingenommen, seinen Stuhl an den Kamin gestellt hatte, sich niederließ und ein Zeitungsblatt zur Hand nahm. Wer beschreibt sein Erstaunen, als er gleich darauf nachstehenden Artikel fand.

„Fünf Guineen Belohnung.

Am vergangenen Donnerstag abend hat sich ein Knabe, namens Oliver Twist, aus seiner Wohnung in Pentonville entfernt und mit oder ohne seine Schuld nichts wieder von sich hören lassen. Es werden hierdurch demjenigen fünf Guineen geboten, der eine Mitteilung zu machen geneigt und imstande ist, die zur Wiederauffindung des besagten Oliver Twist führen kann, oder über denselben, seine Herkunft usw. genauere Auskunft gibt."

Diesem Anerbieten folgte eine genaue Beschreibung Olivers und Mr. Brownlows Adresse. Bumble las dreimal mit großem Bedacht, faßte darauf rasch seinen Entschluß und war nach wenigen Minuten auf dem Wege nach Pentonville. Im Hause Mr. Brownlows angelangt, kündigte er sogleich den Zweck seines Besuchs an. Frau Bedwin war außer sich vor Freude und Rührung, erklärte, es immer gewußt und gesagt zu haben, daß Oliver bald wiedergefunden werden würde, brach in Tränen aus, und die Magd eilte zu Mr. Brownlow hinauf, der ihr gebot, den Angemeldeten augenblicklich hereinzuführen.

Bumble trat ein, und Mr. Grimwig, der sich zufällig bei seinem Freunde befand, faßte ihn scharf in das Auge und rief aus: „Ein Kirchspieldiener — so wahr ich lebe, ein Kirchspieldiener!"

„Ich bitte, lieber Freund, jetzt keine Unterbrechung," sagte Brownlow. „Setzen Sie sich, Sir. — Sie kommen zu mir infolge der Anzeige, die ich in verschiedenen Blättern habe einrücken lassen?"

„Ja, Sir."

„Sie sind ein Kirchspieldiener?"

„Ja, Sir," erwiderte Bumble stolz.

„Wissen Sie, wo sich das arme Kind gegenwärtig befindet?" fragte Brownlow ziemlich ungeduldig.

„Nein, Sir."

„Was wissen Sie denn aber von ihm? Reden Sie, wenn Sie etwas zu sagen haben. Was wissen Sie von ihm?"

„Sie werden wohl eben nicht viel Gutes von ihm wissen?" fiel Grimwig kaustisch ein, nachdem er Bumbles Mienen sorgfältig geprüft hatte.

Bumble erkannte sogleich mit großem Scharfsinne den Wunsch des Herrn, Ungünstiges über Oliver zu vernehmen, und antwortete durch ein feierlich-bedenkliches Kopfschütteln.

„Sehen Sie wohl?" sagte Grimwig zu Brownlow mit einem triumphierenden Blicke.

Brownlow sah Bumble besorgt an und forderte ihn auf, was er von Oliver wüßte, in möglichst kurzen Worten mitzuteilen. Bumble räusperte sich und begann. Er sprach mit umständlicher Weitschweifigkeit; der kurze Sinn von allem, was er vorbrachte, war, Oliver sei ein armer Kirchspielknabe von armen und lasterhaften Eltern, habe von seiner Geburt an nur Falschheit, Bosheit und Undankbarkeit gezeigt und seiner Gottlosigkeit dadurch die Krone aufgesetzt, daß er einen mörderischen und feigherzigen Angriff auf einen harmlosen Knaben gemacht habe und darauf seinem Lehrherrn entlaufen sei.

„Ich fürchte, daß Ihre Angaben nur zu wahr sind," sagte Brownlow traurig; „hier sind die fünf Guineen. Ich würde Ihnen gern dreimal so viel gegeben haben, wenn Sie mir etwas Vorteilhafteres über den Knaben hätten sagen können."

Hätte Brownlow das früher gesagt, so würde Bumble seinem Berichte wahrscheinlich eine ganz andere Färbung gegeben haben. Es war jedoch zu spät, er schüttelte daher mit bedeutsamer Miene den Kopf, steckte die fünf Guineen ein und ging.

Mr. Brownlow war so niedergeschlagen, daß selbst Grimwig ihn nicht noch mehr betrüben mochte. Er zog endlich heftig die Klingelschnur. „Frau Bedwin," sagte er, als die Haushälterin eintrat, „der Knabe, der Oliver, war ein Betrüger."

„Das kann nicht sein, Sir; kann nicht sein," entgegnete Frau Bedwin nachdrücklich.

„Ich sage Ihnen aber, daß es so ist. Wir haben soeben einen genauen Bericht über ihn angehört. Er ist von seiner ersten Kindheit an durch und durch verderbt gewesen."

„Und ich glaube es doch nicht, Sir — nimmermehr, Sir," erwiderte Frau Bedwin bestimmt.

„Ihr alten Weiber glaubt an nichts als an Quacksalber und Lügengeschichten," fiel Grimwig mürrisch ein. „Ich hab's von Anfang an gewußt. Warum hörten Sie nicht sogleich auf meine Meinung und meinen Rat? Sie würden es sicher getan haben, wenn der kleine Schelm nicht am Fieber krank gelegen hätte!"

„Er war kein Schelm," entgegnete Frau Bedwin sehr unwillig, „sondern ein sehr liebes, gutes Kind. Ich verstehe mich auf Kinder sehr wohl, Sir, seit vierzehn Jahren, Sir; und wer nie Kinder gehabt hat, darf gar nicht mitreden über sie— das ist meine Meinung, Sir!"

Mr. Grimwig lächelte nur, und Frau Bedwin war im Begriff, fortzufahren, allein Brownlow kam ihr zuvor.

„Schweigen Sie!" sagte er mit einer Entrüstung in Ton und Mienen, die freilich seinen Gefühlen vollkommen fremd war. „Sie erwähnen den Knaben nie wieder; ich habe geklingelt, um Ihnen das zu sagen. Hören Sie — nie — niemals, und unter keinerlei Vorwande. Sie können gehen — und wohl zu merken, ich habe im Ernst gesprochen!"

In Mr. Brownlows Hause waren betrübte Herzen an diesem Abende, und Oliver zagte das Herz gleichfalls, als er seiner gütigen Beschützer und Freunde gedachte. Es war indes gut für ihn, daß er nicht wußte, was sie über ihn gehört; er hätte die Nacht vielleicht nicht überlebt.

Achtzehntes Kapitel.

Wie Oliver seine Zeit in der sittenverbessernden Gesellschaft seiner achtungswürdigen Freunde zubrachte.

Als am folgenden Morgen der Baldowerer und Charley Bates zu ihren gewöhnlichen Geschäften ausgegangen waren, benutzte Mr. Fagin die Gelegenheit, Oliver einen langen Sermon über die schreiende Sünde der Undankbarkeit zu halten, deren er sich, wie ihm Fagin klärlich bewies, in einem sehr hohen Maße schuldig gemacht, indem er sich absichtlich von seinen liebevollen und treuen Freunden entfernt, ja sogar ihnen zu entfliehen versucht habe, nachdem sie so viele Mühe und Kosten aufgewandt hätten, ihn wieder zurückzubringen. Der alte Herr legte großes Gewicht auf den Umstand, daß er Oliver zu sich genommen und gepflegt habe, als derselbe in Gefahr gewesen wäre, [illegible]

Aus einem anderen Briefe geht hervor, daß Obermeister Rohardt sich für den von Lebius gemachten Vorschlag zugänglich gezeigt hat. Wenigstens haben beide eine Unterredung miteinander gehabt. Lebius scheint auch Einfluß auf den Obermeister gehabt zu haben, denn in einem dritten Briefe fordert er bereits, daß Meinke, ein bekanntes Faktotum im Dienst des Arbeitgeberverbandes in der Holzindustrie, sein Amt niederlegen müsse, weil Meinke eine Beleidigungsklage, welche er gegen den „Vorwärts" erhob, vor der Verhandlung zurückgezogen hatte.

Wenn Lebius mit regem Eifer für die Gründung gelber Vereine tätig ist, so will er als guter Geschäftsmann auch einen klingenden Erfolg seiner Bemühungen einstreichen, die er den Unternehmern geleistet hat. Nicht nur, daß bei jeder Neugründung eine entsprechende Anzahl von Unternehmern bezahlter Abonnements auf den „Bund" herausspringen, sondern er läßt sich die Gründung eines Vereins auch noch besonders honorieren. Warum auch nicht. Verlangt doch jeder Agent seine Provision, wenn er ein Geschäft abgeschlossen hat, welches seinem Auftraggeber Gewinn bringt. Und was anders ist denn die Gründung eines gelben Vereins, als ein Geschäft zum Nutzen der Unternehmer. Also verlangt Lebius seine Provision:

Herrn Baumeister Heuer, NW., Flotowstr. 4.

Als wir im August v. J. über die Gründung des gelben Bauarbeiterbundes verhandelten, hatten Sie die Güte, mir ein Honorar von 200 Mk. in Aussicht zu stellen. Da der Verein nunmehr gegründet ist und von mir auch kräftig unterstützt wird, so darf ich Sie wohl höflichst an Ihr Versprechen erinnern. Den Sitzungen des Vereins wohnt regelmäßig unser Herr Dr. Nathanson bei. Außerdem habe ich Herrn Buchholz unseren Arbeitsnachweis nebst Telephon zur Verfügung gestellt und Herrn Buchholz auch sonst unter die Arme gegriffen. So zahlte ich ihm im Dezember 30 Mk. für Miete. Herr Buchholz meinte, Sie würden wohl das Geld vergüten. Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie mir diese 30 Mk. zurückgeben wollen.

In den letzten Wochen ist der Verein sehr in die Höhe gegangen. Trotzdem habe ich meine Zweifel, ob Buchholz der richtige Mann ist. Ich glaube, ich müßte Ihnen doch ein leichtes sein, einige geeignete Vereinsleute ausfindig zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

Die 200 Mk. Provision hat Lebius erhalten. Er bestätigt den Empfang derselben in einem Briefe an den Verband der Baugeschäfte. Den weiteren Anforderungen hinsichtlich Geldzuwendungen an den Verein und Bezahlung von Abonnementsgeldern scheint der Verband nicht in dem von Lebius erwarteten Umfange entsprochen zu haben. Lebius verlangt dann, daß der gelbe Maurerverein selber die Abonnements bezahle. Ob die gelben Maurer die „geistige Nahrung", welche ihnen bis dahin auf Kosten der Unternehmer aus der Lebiusschen Küche geliefert wurde, der Bezahlung aus ihrer eigenen Tasche für wert hielten, geht aus der Korrespondenz nicht hervor.

Mehr Gegenliebe wie bei den Berliner Bauunternehmern scheint Lebius anscheinend bei der Hamburg-Amerika-Linie gefunden zu haben. Mit dieser Schiffahrtsgesellschaft hat Lebius einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihm die Gesellschaft eine Subvention zahlt, und er der Gesellschaft dafür die vierte Seite des „Bundes" einräumt. Aber Lebius rechnet der Gesellschaft vor, daß er bei diesem Vertragsverhältnis kein gutes Geschäft macht. Er ersucht deshalb einen höheren Angestellten der Hamburg-Amerika-Linie, Oberleutnant Hahn, ihm ein Inserat für den „Bund" zuzuweisen, denn „so würde dann wieder der notwendige Profit zustande kommen".

Der hier genannte Oberleutnant Hahn ist Vorsteher der „sozialpolitischen Abteilung" der Hamburg-Amerika-Linie. Seine Beziehungen zu Lebius haben aus bestimmten Gründen ein besonderes Interesse. Herr Hahn war früher bei der Karl-Zeiß-Stiftung in Jena angestellt. Damals galt er als ein einsichtiger Sozialpolitiker. Deshalb konnte er sich auch auf einer Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Korreferent an der Erörterung des Prämienlohnsystems beteiligen. Er trat bei jener Gelegenheit als Vermittler zwischen den entgegenstehenden Interessen der Arbeiter und der Unternehmer auf. Dieser Mann hat sich also zur Bundesbrüderschaft mit Lebius durchgemausert. Das sagt genug. — Wie aus weiteren Lebius-Briefen hervorgeht, ist Hahn ein so eifriger Mitarbeiter des „Bundes", daß Lebius ihn ersuchen mußte, mit der Zusendung von Manuskript ein Zeitlang einzuhalten. — In einem Briefe an Hahn ist auch die Rede von einer geplanten nichtöffentlichen Konferenz von Vertretern gelber Vereine. Hierzu bemerkt Lebius:

„An einem öffentlichen Kongreß wollen wir uns auf keinen Fall beteiligen, weil wir nicht glauben, daß wir schon soweit sind, um vor der Oeffentlichkeit paradieren zu können."

Dies offene Geständnis entspricht augenscheinlich der Wahrheit. Damit ist aber als unwahr bewiesen, was Lebius in seinen Bettelbriefen an die Unternehmer behauptet: Die gelben Vereine hätten in Deutschland 50 000 Mitglieder, davon 15 000 in Berlin. Wenn Lebius sich wirklich auf solche Zahlen berufen könnte, dann würde er mindestens den Versuch machen, damit in der Oeffentlichkeit zu paradieren. Da er von solchem Versuch ängstlich abrät, muß man annehmen, daß er den von ihm angegebenen Mitgliederzahlen mindestens eine Null hinzugeflunkert hat.

Wie aus mehreren Briefen hervorgeht, leidet der „Bund" nicht nur Mangel an Abonnenten, sondern es fehlen ihm auch Mitarbeiter, die bereit sind, unter dem gelben Banner für die Unternehmer gegen die Arbeiterbewegung zu kämpfen. Um diesem Mangel abzuhelfen, wendet sich Lebius an den Chefredakteur der „Post", Herrn Kronsbein, mit dem Ersuchen, ihm Mitarbeiter zuzuweisen. Sie sollen ein Zeilenhonorar von 10 Pfg. erhalten. Das ist im Lebiusschen Tarif der mittlere Satz. Einem Dr. Schellwien stellt Lebius 15 Pfg. pro Zeile in Aussicht, während er Arbeiter, die für den „Bund" schreiben, mit 5 Pfg. pro Zeile entlohnt.

Daß Lebius und seine Bestrebungen von den Unternehmern mit klingender Münze unterstützt werden, ist selbstverständlich. Lebius glaubt aber ein Anrecht auf Geldunterstützungen auch bei solchen Leuten zu haben, die aus allgemeinen politischen Gründen Unterstützungen an „nationale" Arbeitervereine geben. Als Lebius von einer derartigen Gruppe nichts bekam, schrieb er diesen Brief:

Herrn General v. Loebell, SW., Hafenplatz 10.

Sehr geehrter Herr General!

Am Sonnabend hielt ich in Magdeburg einen Vortrag in einem unserer dortigen gelben Arbeitervereine und erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß der Förderungsausschuß den Vaterländischen Arbeitervereinen bereits 24 000 Mk. zugeführt hat. Den gelben Arbeitervereinen hat der Förderungsausschuß bisher noch nicht mit einem Pfennig ausgeholfen. Nicht einmal ein Darlehen von 5000 bis 6000 Mk. hat der Förderungsausschuß übrig, um den Führer der gelben Gewerkschaften von seinen sozialdemokratischen Peinigern zu befreien, obgleich das Darlehen in spätestens zwei Jahren zurückbezahlt worden wäre. Unter solchen Umständen danken wir Ihnen verbindlichst für die Uebersendung Ihrer Korrespondenz.

Gleichzeitig erlaube ich mir zu bemerken, daß der Förderungsausschuß unter solchen Umständen nicht die Behauptung aufstellen kann, daß er unparteiisch die junge nationale Arbeiterbewegung fördert.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

Dem Förderungsausschuß mag die gelbe Arbeiterbewegung und ihrer Führer doch wohl so anrüchig erscheinen, daß er es für ratsam hält, den Betteleien der Gelben seine Kassen zu verschließen. Aber was tut's, wenn man einmal abblitzt. Lebius sucht neue Verbindungen. Er knüpft überall an, wo sein Geschäftsinteresse eine Verbindung erwünscht erscheinen läßt. Er versucht, den Bund in Oesterreich einzuführen, er freundet sich an beim Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, er tritt dem Deutschen Flottenverein und der Deutschen Kolonialgesellschaft bei, und er sucht sein Werk dadurch zu krönen, daß er seine gelben Arbeitervereine unter der falschen Firma „nationaldemokratisch" der nationalliberalen Partei, also der politischen Interessenvertretung der Großindustriellen, zuzuführen beabsichtigt.

Lebius hält seine Gefolgschaft für so beschränkt, daß sie das schändliche Spiel, welches er mit den gelben Arbeitern treibt, gar nicht merken. Lebius behandelt die Arbeiter, welche ihm folgen, als Drahtpuppen, die er beliebig dirigieren kann, wie es seine Geschäftsinteressen und der Vorteil der Unternehmer erfordern. Hoffentlich wird die Veröffentlichung der Lebius-Briefe auch manchem, der im Lager der Gelben steht, die Augen öffnen über das schamlose Treiben ihres Führers.

Für die Anhänger der klassenbewußten Arbeiterbewegung bietet der Blick hinter die Kulissen der gelben Bewegung nichts Ueberraschendes. Sie haben längst gewußt, was dort vorgeht. Sie haben längst gewußt, daß die gelben Vereine nichts anderes sind und ihrer Natur nach nicht anders sein können als eine Schutzwehr, hinter der sich die Unternehmer verschanzen, um vor den Forderungen der nach Verbesserung ihrer Lage strebenden Arbeiter sicher zu sein. Weil die gelben Vereine sich zu einer Schutzgarde im Dienste der Unternehmer gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter degradieren, deshalb wird die Zugehörigkeit zu einem gelben Verein von jedem anständigen Arbeiter als unehrenhaft betrachtet. Gewiß sind viele, die heute unter dem gelben Banner marschieren, nicht aus eigenem Antriebe, sondern unter dem Druck der Verhältnisse in jene Reihen getreten. Das ist erklärlich. Wird doch in vielen Betrieben die Erlangung einer Arbeitsstelle abhängig gemacht von der Zugehörigkeit zum gelben Verein. Aber auch das ist eine Untreue gegen die Arbeitsbrüder. Hoffen wir, daß dies aus Anlaß der vorliegenden Enthüllungen wenigstens denen zum Bewußtsein kommt, die ohne Ueberlegung den verhängnisvollen Schritt ins gelbe Lager getan haben. Wenn sie zu besserer Einsicht kommen und zu ihren Klassengenossen zurückkehren, dann wird bald der Judas allein stehen, der seine Gefolgschaft für klingenden Lohn an ihre natürlichen Gegner zu verkaufen bereit ist.

Lebius schreibt im „Bund": Es sei ja selbstverständlich, daß Politiker der verschiedensten Richtungen Anhänger unter den Arbeitern zu gewinnen suchen. Weiter schreibt Lebius wörtlich:

„Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß diese Werbungen stets nur von privater Seite stattfinden konnten. Niemals ist irgend ein gelber Verein oder ein gelber Führer offiziell für irgend eine bestimmte Parteirichtung eingetreten. Das würde ja auch eine Verletzung des gelben Programms bedeuten, welches die politische Neutralität der gelben Vereine gegenüber allen nichtsozialistischen Parteien zum Grundsatz erhebt."

Also „offiziell" will Lebius seine Gelben keiner bestimmten Partei zuführen. Offiziell gibt er sich den Anschein, als ob in den gelben Vereinen strengste politische Neutralität gewahrt werde. Aber ganz im geheimen arbeitet Lebius daran, seine gelbe Gefolgschaft den Nationalliberalen oder richtiger der politischen Interessenvertretung der Großindustrie zuzuführen. Das beweist dieser Brief:

„Herrn Direktor Professor Dr. Budde.

In dem letzten Montagsblatt des „Berliner Tageblatts" war anläßlich einer Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann — in einem Vaterländischen Arbeiterverein in Zittau — ein äußerst gehässiger Artikel gegen die gelbe Arbeiterbewegung enthalten.

Die Gelben werden als Reaktionäre dargestellt und vor ihnen gewarnt. Ich glaube, daß wir viele stille und offene Gegner entwaffnen würden, wenn wir politisch hervorträten und uns als Industriepartei betätigen würden. Ich würde vorschlagen, ungefähr nationalliberale Politik zu machen, diese aber nationaldemokratisch zu nennen. Den Anschluß an die nationalliberale oder freikonservative Partei würde ich praktisch nicht für richtig betrachten. Der größere Teil der ehemaligen Sozialdemokraten versagte uns dann sicherlich aus Vorurteil die Gefolgschaft. Nennen wir uns anders, so sieht es aus, als ob wir ganz neue Bahnen wandeln und die ehemaligen Sozialdemokraten werden es leichter über sich gewinnen, mitzumachen. Es kommt ja nicht darauf an, wie wir etikettiert sind, sondern was wir in Wirklichkeit sind.

Herr Direktor Peierls hat schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, daß wir um die politische Betätigung nicht herumkommen. Falls die maßgebenden Arbeitgeberkreise damit einverstanden wären, könnten wir vielleicht im Herbste still und unauffällig mit dem Aufbau der politischen Organisation beginnen. In drei Monaten wären wir dann wohl soweit, um auch an die Oeffentlichkeit treten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius."

Wie tief muß doch Lebius die Arbeiter einschätzen, die in seinem Gefolge marschieren. Er glaubt also, er könne sie ohne weiteres als politische Hausknechte der Großindustriellen gebrauchen, wenn er ihnen nur eine falsche Firma an die Mütze schreibt. Das sieht ihm ähnlich.

---

sterben, und erzählte ihm die ergreifende und schreckliche Geschichte eines jungen Burschen, dem er unter ähnlichen Umständen aus gewohnter Menschenfreundlichkeit seinen Beistand habe angedeihen lassen, der sich aber des ihm erwiesenen Vertrauens unwürdig gezeigt, sich mit der Polizei in Rapport zu setzen versucht habe und im Old-Bailey-Gerichtshofe verurteilt und gehängt worden sei. Der alte Herr bemühte sich durchaus nicht, seinen Anteil an der Katastrophe zu verheimlichen, sondern beklagte es mit Tränen in den Augen, daß es durch die Verkehrtheit und Verräterei des jungen Burschen nötig geworden, ihn als ein Opfer fallen zu lassen und demnach mit Zeugnissen gegen ihn aufzutreten, die, wenn auch nicht vollkommen in der Wahrheit begründet, doch unumgänglich gewesen wären, wenn seine (Fagins) und einiger erlesener Freunde Sicherheit nicht hätte gefährdet werden sollen. Der alte Herr schloß damit, daß er ein sehr unerfreuliches Gemälde von den Unannehmlichkeiten des Gehängtwerdens entwarf und mit großer Freundschaftlichkeit und Höflichkeit die Hoffnung ausdrückte, niemals genötigt zu werden, Oliver Twist einer so widerwärtigen Operation zu unterwerfen.

Dem kleinen Oliver erstarrte das Blut in den Adern, während er den Worten des Juden zuhörte. Die darin enthaltenen dunklen Drohungen waren ihm nicht ganz unverständlich. Er wußte bereits, daß die Gerechtigkeit selbst den Unschuldigen für schuldig halten konnte, wenn er sich mit dem Schuldigen in Gemeinschaft befunden hatte; und daß tief angelegte Pläne, unbequeme Mitwisser oder zum Schwatzen Geneigte zu verderben, von dem alten Juden wirklich geschmiedet und ausgeführt wären, deuchte ihm keineswegs unwahrscheinlich, als er sich des Streites entsann, den Fagin mit Sikes gehabt. Als er furchtsam die Augen aufschlug und seine Blicke denen des Juden begegneten, fühlte er, daß seine Blässe und sein Zittern dem schlauen Bösewicht nicht entgangen waren und daß sich derselbe innerlich darüber freute.

Der Jude lächelte boshaft, klopfte Oliver die Wangen und sagte ihm, wenn er sich ruhig verhielte und sich des Geschäfts annähme, so würden sie sicher noch sehr gute Freunde werden. Er griff darauf zum Hute, zog einen alten geflickten Oberrock an, ging hinaus und verschloß die Tür hinter sich.

So blieb sich Oliver während des ganzen Tages und während noch vieler nachfolgender Tage vom frühen Morgen bis Mitternacht selbst überlassen, und die langen Stunden vergingen ihm gar traurig, denn er gedachte natürlich fortwährend seiner gütigen Freunde in Pentonville und der Meinung, welche sie von ihm gefaßt haben müßten. Am siebenten oder achten Tage ließ der Jude die Tür des Zimmers unverschlossen, und Oliver durfte frei im Hause umhergehen. — Das ganze Haus war äußerst schmutzig und öde; die Zimmer im oberen Stockwerke waren ohne Mobilien, geschwärzt und mit Spinngeweben überdeckt; indes schloß Oliver aus dem Täfelwerke und den Resten alter Tapeten und anderer Verzierungen, daß sie vor langer Zeit von reichen Leuten bewohnt gewesen sein müßten, so kläglich sie auch jetzt aussahen. Oft, wenn er leise in ein Zimmer eintrat, liefen die Mäuse erschreckt in ihre Löcher zurück; sonst aber sah oder hörte er kein lebendiges Wesen, und manches Mal, wenn er es müde war, aus einem Gemach in das andere zu wandern, schmiegte er sich in den Winkel der Flur an der Haustür, um den Menschen so nahe wie möglich zu sein, und erwartete horchend und mit Beben die Rückkehr des Juden oder der Knaben.

(Fortsetzung folgt.)

Prozeß Wernsdorf.

Blatt 11 der Nachlaßakten.

Weimar, 6. Januar.

Vor dem Landgericht in Weimar begann heute der gegen den Schriftsteller Dr. phil. Wernsdorf, Maler Gustav Freitag, früher in Jena, jetzt in Erfurt, den Buchdruckereibesitzer Seifert, sowie dessen Sohn, beide in Köstritz, anhängig gemachte Sensationsprozeß, der auch über die Grenzen des Großherzogtums hinaus Interesse erregen dürfte.

Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Blühr; die Anklagebehörde wird durch den zweiten Staatsanwalt Dr. Mittermüller vertreten. Als Nebenkläger tritt für den Kommerzienrat Koch in Jena Rechtsanwalt Dr. Wernick in Jena auf. Es sind dreizehn Zeugen geladen.

Der Angeklagte Buchdruckereibesitzer Seifert sen. aus Köstritz, der die Broschüre „Blatt 11 der Nachlaßakten" gedruckt hat, ist zum Termin nicht erschienen. Ein vorgelegtes ärztliches Attest besagt, daß das Erscheinen an Gerichtsstelle schwere Störungen für den Gesundheitszustand des Seifert zur Folge haben könne. Es soll nun gegen Seifert besonders verhandelt werden.

Vor Eintritt in die Verhandlung lehnt Angeklagter Wernsdorf die 5 amtierenden Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Zur Begründung wird der gegen die weimarische Justiz im allgemeinen erhobene Vorwurf der „moralischen Verlumpung" vorgebracht.

Der Ablehnungsantrag wird unter Besetzung eines anderen Gerichtshofes abgelehnt.

Der Anklagebeschluß geht heute dahin, daß der Angeklagte Freitag im September 1906 und Februar 1907 von Wernsdorf verfaßte Eingaben unterschrieben hat, in denen dem Gerichtsvollzieher Ebert in Jena Urkundenfälschung, Hausfriedensbruch, Erpressung, Nötigung, falsche Beurkundung, Ueberschreitung der Amtsbefugnis und Gebührenüberhebung zum Vorwurf gemacht wird. Diese Vergehen, die von Wernsdorf als solche der allergemeinsten Art hingestellt worden sind, bilden heute ausschließlich den Verhandlungsstoff.

Auf Wunsch des Staatsanwalts gibt der Vorsitzende noch eine kurze Begründung, warum der Prozeß erst jetzt zur Verhandlung komme. Danach sind die Akten erst am 5. November von dem Schriftsachverständigen Langenbruch-Berlin beim Landgericht in Weimar eingegangen.

Wernsdorf gibt zu der Anklage an, daß er durch seinen Beruf bei wissenschaftlichen Schriftstellerei verschiedentlich Reibungen mit der Justiz gehabt habe, und zitiert einen Ausspruch des französischen Advokaten Lacroix, der da sagte: „Wenn ich einmal in Verdacht käme, die Glocken von Notre Dame gestohlen zu haben, so würde ich sofort über die Grenzen der Republik fliehen, selbst wenn ich die Glocken noch mit eigenen Ohren vernehmen würde." Auch ich habe eine Flucht antreten müssen, und zwar die in die Oeffentlichkeit. In meiner Broschüre habe ich mit vollem Bewußtsein einen provozierenden Ton angeschlagen, um eine Anklage gegen mich zu erzwingen.

Freitag erklärt, daß er die von Wernsdorf verfaßten Eingaben an die Staatsanwaltschaft in Weimar und an die Oberstaatsanwaltschaft in Jena mit seinem Namen unterschrieben, aber nicht vorher gelesen habe, da ihm Wernsdorf erklärt hätte, daß er alles verantworten werde. Er bezieht sich bei seinen Angaben neben dem Zeugnis seiner Frau noch auf das eines Fräuleins Lina Strathmann aus Melle, deren eventuelle Ladung er sich noch vorbehält.

Seifert jun. erklärt, daß er von dem Inhalt der Broschüre vor der Drucklegung keine Kenntnis gehabt habe. Nur bei dem Schlußbogen habe er die Maschinenrevision gelesen.

Wernsdorf gibt hierauf eine Darstellung der einzelnen Verfehlungen des Gerichtsvollziehers Ebert. Er behauptet, daß letzterer bei den Pfändungen sehr rigoros vorgegangen sei, in die Freitagsche Wohnung gewaltsam eingedrungen sei, hier widerrechtlich einen Hund gepfändet habe, sich unberechtigterweise Möbelstücke einer Frau Müller angeeignet und unter der Hand weiterverkauft zu haben, die pfandfrei waren. Bei diesen und anderen Fällen habe er sich zu viel Gebühren auszahlen lassen, auch Nachpfändungen vorgenommen, um so in den Genuß von Gebühren zu kommen. Auch wird ihm der Vorwurf der Flüchtigkeit gemacht. — Hierauf wird in die Beweiserhebung eingetreten.

Zeuge Ebert führt aus, daß er sich bei seiner Amtsführung nichts habe zuschulden kommen lassen. Habe er bei Wernsdorf zwecks Pfändung vorgesprochen, sei er von diesem immer grob angefahren worden. Als er vom Weinhändler Göhre einen Pfändungstitel zur Pfändung eines Hundes übergeben bekommen habe, hätte er sich zu seinem Schutze und um einen Zeugen zu haben, den Schutzmann Ehrlich mit in die Wohnung Wernsdorfs gebracht.

Auf Vorhalt der einzelnen von Wernsdorf angeführten Vergehen kann Ebert keine bestimmten Antworten geben. Die Vorgänge seien ihm nicht mehr in Erinnerung. Auch bestreitet er, daß irgend welche Beschwerden während seiner zehnjährigen Praxis in Jena erhoben worden sind. Aus den herbeigezogenen Akten geht jedoch hervor, daß nicht weniger als 27 Beschwerden gegen ihn anhängig gemacht worden sind, von denen 8 als begründet erachtet wurden. Er erhielt wegen diesen Verfehlungen Verweise, Rügen, Mahnungen, Warnungen, Mißbilligungen ausgedrückt und zudiktiert. Einmal erhielt er eine Geldstrafe von 10 Mark. Daß er von der Frau des Angeklagten Freitag 4 Mark Pfändungsgebühr verlangte, muß er heute selbst als unkorrekt bezeichnen.

Wernsdorf stellte die letztere Pfändungsgebühr von vier Mark so dar, als habe Ebert damit sein unbefugtes Eindringen rechtfertigen oder auch verdecken wollen, wo er einen Hund pfändete, der der Familie Freitag gehörte und worüber Ebert gar keinen Pfändungstitel hatte.

Zeuge Schutzmann Erich sagt aus, daß Wernsdorf den Ebert erst bei der Pfändung des Hundes provoziert habe, wodurch der Krach in der Freitagschen Wohnung entstanden sei. Von einem gewaltsamen Eindringen des Ebert in die Freitagsche Wohnung, wie es Wernsdorf darstellt, will der Zeuge nichts gesehen haben.

Zeuge Kaufmann Heinicke und Bureauvorsteher Hunius belasten Ebert ebenfalls.

Gerichtsvollzieher Seifert erklärt, daß Ebert sich sehr unkollegial gegen ihn benommen habe. Einmal habe er ihn wegen Gewerbesteuerhinterziehung angezeigt. Er habe daraufhin mit einer Klage wegen falscher Anschuldigung geantwortet und Ebert sei zu einer Ordnungsstrafe von 10 Mk. verurteilt. Vor dem Amtsrichter Staeps habe Ebert abgeleugnet, daß er überhaupt eine Anklage erhoben habe, obwohl er sich kurz vorher bei der Polizei erkundigt hatte, ob die von ihm erstattete Anzeige weitergegeben worden sei.

Zeugin Frau Müller will nicht benachrichtigt worden sein, als ihre freigegebenen, aber von Ebert doch abgeholten Möbelstücke unter der Hand weiterverkauft worden sind.

Eine andere Darstellung gibt hiervon der Bierverleger Merz, der gegen die Zeugin Müller die ausgeklagte Forderung pfänden ließ. Auch Rechtsanwalt Alberti, der Prozeßbevollmächtigte des Merz, stellt die Sache anders dar. Bei diesem Pfändungsakt soll Ebert auch 1 Mk. zu viel Gebühren erhoben haben, was der darum gefragte Zeuge Alberti bestreitet. Auch von einer Fristverkürzung zuungunsten der Müller kann nach Alberti keine Rede sein. Es handele sich bei dem falschen Datum lediglich um ein Versehen. Die Aussagen des Buchhändlers Strobel lassen darauf schließen, daß Ebert nicht sorgfältig genug vorgegangen ist. Er hat nämlich statt 13 Mk. nur 3 Mk. bei einer den Zeugen angehenden Sache erhoben.

Hierauf wurde in die Verlesung der Broschüre eingetreten, was 1¼ Stunden währte.

In der beschlagnahmten Broschüre erhebt bekanntlich Wernsdorf die schwersten Vorwürfe gegen die weimarische Justiz, als: Urkundenvernichtung, Korruption, Rechtsbeugung, Fälschung, Anklageunterdrückung. Als Ursprung dieser von Wernsdorf behaupteten Justizverbrechen wird eine Unterschlagung von 7000 Mark in Wertpapieren angenommen, deren sich der Rechtsanwalt Dr. Wedekind in Gera im Interesse seiner Mutter, der Frau Regierungsrat Wedekind in Weimar, schuldig gemacht haben soll. Dem Rechtsanwalt Dr. Günther in Weimar wird der Vorwurf des Handelns im Einverständnis mit der Gegenpartei zum Nachteil der eigenen Partei (Landwirt Schorn) gemacht. Dem Landgerichtsrat Jungherr in Eisenach und dem Amtsgerichtsrat Schmidt in Jena wird der Vorwurf der Beihilfe und Mitwisserschaft an Urkundenvernichtungen und Fälschungen, und außerdem der Vorwurf der Rechtsbeugung usw. gemacht.

Zu einer in der Broschüre erwähnten Angelegenheit der Aufwartefrau Reinhardt in Weimar, die 7 Jahre beim Landgerichtsdirektor Linsenbarth in Stellung gewesen war, ohne bei einer Kranken- und Invalidenversicherung angemeldet worden zu sein, in dieser Stellung einen Unfall erlitt und mit ihrem Antrag auf Erteilung des Armenrechts in einer Schadenersatzklage gegen den Landgerichtsdirektor vom Land- und Oberlandesgericht abgewiesen wurde, erklärt Wernsdorf, sich nicht äußern zu wollen, da dieser Punkt nicht inkriminiert sei. Desgleichen in einer Testamentsunterschiebung im Falle Schulze.

Der Vorsitzende erklärt dazu, daß die Art und Weise äußerst charakteristisch sei, wie Wernsdorf in diesem Falle gegen ungenannte Personen einen Vorwurf erhebe und nun, da er den Beweis dafür antreten sollte, einfach erkläre, er äußere sich nicht dazu.

Die Verhandlung wurde gegen 7 Uhr abends auf Donnerstag vormittag vertagt, wo der Inhalt der Broschüre zur Verhandlung stehen wird.

* * *

Weimar, 7. Jan. Der Wernsdorfer Prozeß ist nach zweitägiger Verhandlung noch nicht zu Ende; es werden über 30 Zeugen vernommen.

Durch die Zeugenaussagen ist der größte Teil der in der Broschüre Dr. Wernsdorfs, „Blatt 11 der Nachlaßakten", behaupteten Justizverbrechen als unwahr erwiesen.

Parteinachrichten.

Eine Revolution im Frankfurter Stadtverordnetensaale hat die im November erfolgte Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion von 6 auf 15 Köpfe im Gefolge gehabt. Bisher saßen die bürgerlichen Stadtverordneten nicht nach Fraktionen, nur die 6 Sozialdemokraten saßen zusammen. Als unsere Vertreter im Seniorenkonvent nun auch für die 15köpfige Fraktion einen zusammenhängenden Block von 15 Sitzen auf der linken Seite des Saales verlangten, stießen sie zunächst auf Widerstand; man wollte einen Teil der Fraktion auf der Linken, den anderen Teil auf der Rechten placieren, angeblich, weil verschiedene alte Herren ihre Plätze nicht räumen wollten, in Wirklichkeit, weil Demokraten, Freisinnige und Nationalliberale sich unter sich nicht über die Gruppierung verständigen konnten. Um nun aber der zu erwartenden Obstruktion unserer Fraktion aus dem Wege zu gehen, verfielen die Führer dieser Parteien schließlich auf den Ausweg, die Sitze des Magistrats von der linken Seite des Präsidiums auf die rechte Seite zu verlegen, der sozialdemokratischen Fraktion die bisherigen Magistratsplätze einzuräumen und dann auch die übrigen Stadtverordneten nach Fraktionen zu placieren. Schweren Herzens gab der Magistrat seine Zustimmung zu seiner Expropriation durch die Sozialdemokratie, denn er wird jetzt direkt unter der Tribüne placiert, wo ihn niemand sieht und hört, während die Plätze, die er räumen muß, direkt der Tribüne gegenüber und unmittelbar neben dem Präsidium liegen.

Die Vergrößerung unserer Fraktion auf 15 von 61 Stadtverordneten hat sie an die Stelle der zweitstärksten Fraktion gerückt; neben 17 Demokraten, 12 Freisinnigen und 10 Nationalliberalen gehören dem Kollegium weiter 7 Mittelständler, 1 Antisemit, 1 Zentrumsmann und 1 Wilder an. Unsere Fraktion erhob den ihr zustehenden Anspruch auf den Posten des zweiten Vorsitzenden, erklärte sich aber auf Grund einer Verständigung im Seniorenkonvent mit der Uebernahme des 1. Schriftführeramtes einverstanden, nachdem ihr Anspruch auf den Posten des zweiten Vorsitzenden anerkannt worden war. Der Führer der demokratischen Fraktion, Stadtverordneter Wedel, gab in der ersten Sitzung vom 5. Januar folgende vorher vereinbarte Erklärung über die Besetzung des Präsidiums ab:

„Der Seniorenkonvent hat sich wiederholt und eingehend mit der Frage der Besetzung des Präsidiums der Versammlung beschäftigt.

Allseitig wurde anerkannt, daß nach parlamentarischem Brauch die einzelnen Fraktionen entsprechend ihrer Stärke Anspruch auf die Sitze im Präsidium haben, daß also die demokratische Fraktion als die stärkste Anspruch auf den Posten des 1. Vorsitzenden, die sozialdemokratische Fraktion als die zweitstärkste Anspruch auf den Posten des 2. Vorsitzenden hat, daß weiter der freisinnigen Fraktion der 1. Schriftführer und der nationalliberalen Fraktion der 2. Schriftführer zustehe.

Es wurde aber von den Vertretern aller Fraktionen weiter anerkannt, daß unser bisheriger erster Vorsitzender, Herr Dr. Friedleben, der der freisinnigen Fraktion angehört, die Geschäfte der Versammlung in umsichtiger, sachlicher und unparteiischer Weise geleitet hat.

Daher verständigten sich die Vertreter der Fraktionen im Seniorenkonvent dahin, Herrn Dr. Friedleben wiederum als ersten Vorsitzenden in Vorschlag zu bringen und dann die übrigen Posten des Bureaus nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen, natürlich unter Ausscheidung der freisinnigen Fraktion. Demnach würde also die demokratische Fraktion den 2. Vorsitzenden, die sozialdemokratische Fraktion den 1. Schriftführer und die nationalliberale Fraktion den 2. Schriftführer zu stellen haben . . . ."

Bei der Besetzung der Kommissionen ist unsere Fraktion im Verhältnis zu ihrer Stärke berücksichtigt worden. Ueberall macht sich die Verstärkung unserer Vertretung bemerkbar, sicherlich nicht zum Schaden der Arbeiterschaft.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Vertragsfähigkeit der Arbeitgeberschutzverbände illustriert treffend eine Mitteilung der „Holzarbeiter-Zeitung", nach welcher es dem Schutzverbande für das Holzgewerbe, der Arbeitgeberorganisation, bisher nicht gelungen ist, den im Frühjahr 1908 in Leipzig gefällten Schiedsspruch für Frankfurt a. M., Darmstadt, Wiesbaden, Essen, Magdeburg, Luckenwalde und Zoppot zur Anerkennung zu bringen. Die Arbeitgeber dieser Orte, zum Teil die Elite des Arbeitgeberschutzverbandes, verweigern ihrem Vorstande einfach die Gefolgschaft und lehnten den Schiedsspruch ab bezw. traten aus dem Schutzverbande aus, als sie die Abmachungen anerkennen sollten, die der Vorstand als bindend für seine Organisation anerkannt hatte. Höhnend bemerkt dazu die „Holzarbeiter-Zeitung", daß damit der von der Arbeitgeberorganisation angestrebte Reichstarif in weite Ferne gerückt sei. Wie die Arbeitgeber sich das Tarifverhältnis vorstellen, besagt ein Schreiben des Arbeitgeberschutzverbandes für das Holzgewerbe in Bayern r. d. Rh., Bezirksverband Fürth, das als Antwort auf eine Beschwerde der Holzarbeiter wegen erfolgter Abzüge erging.

Es wird darin u. a. mitgeteilt:

„Es soll jedem Unternehmer bis auf weiteres selbst überlassen sein, innerhalb seines Betriebes die Maßnahmen zu treffen, die ihm in Anbetracht der jetzigen schlechten Konjunktur zu seiner Selbsterhaltung für notwendig erscheinen."

Natürlich bedanken sich die Holzarbeiter für solche Vertragskontrahenten.

Handschuhmacher — Lederarbeiter. Eine vom Vorstande des Handschuhmacher-Verbandes einberufene Konferenz tagte am 2. Januar im Gewerkschaftshause in Berlin. Sie hatte sich mit dem Anschluß an den Verband der Lederarbeiter (Weiß- und Lohgeber) zu beschäftigen. Nachdem sich die Lederarbeiter durch Urabstimmung für die Verschmelzung bereits entschieden hatten, gelangte auch die Konferenz zu dem fast einstimmigen Beschluß, den Mitgliedern diesen Schritt zu empfehlen. In der angenommenen Resolution wird ausgesprochen, daß die Verschmelzung gegenwärtig zwar keine absolute Notwendigkeit sei, daß aber in Anbetracht der in der Handschuhindustrie Platz gegriffenen Stagnation, die eine Ausbreitung des Verbandes nicht mehr wahrscheinlich erscheinen lasse, als eine Vorsorge zu empfehlen ist, wenn sie sich unter würdigen Bedingungen vollziehen lasse.

Der Kampf der Brauereiarbeiter in Böhmen nach 18wöchiger Dauer beendet. Am 23. und 30. Dezember 1908 fanden im Sekretariat des Schutzverbandes der Brauereien Böhmens in Prag Konferenzen über den Streik der Brauereiarbeiter in einigen Brauereien Deutschböhmens und den mit diesem Streik im Zusammenhang stehenden Bierboykott statt. Die Verhandlungen endeten mit der Vereinbarung, einen bestimmten, erheblichen Teil der in den Ausstand getretenen Arbeiter binnen kürzester Frist, die übrigen Ausständigen nach Maßgabe des Bedarfs wieder in den Brauereien einzustellen. Ferner wird dahin gewirkt werden, daß jene Brauereien, die den Bierpreis bereits erhöhten und hierbei keine Lohnaufbesserung durchführten, ehestens eine Lohnaufbesserung eintreten lassen. Dagegen wird der aus Anlaß des Streiks verhängte Bierboykott aufgehoben und diesbezüglich der Zustand von der Zeit vor dem Streik hergestellt. In den Verhandlungen wurde beiderseits der Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möchten Streitfälle, wie sie zu dem letzten Konflikt in der Brauindustrie geführt haben, den beteiligten Organisationen zur Austragung unterbreitet werden. Das am letzten Tage abgeschlossene Protokoll besagt noch, daß den Arbeitern wegen Zugehörigkeit zu einer Fachorganisation keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Schwarze Listen im Gastwirtsgewerbe. Die Angestellten im Gastwirtsgewerbe werden heute schon von den Stellenvermittlern bis aufs Blut ausgesogen, und die dieses Stellenvermittlungssystem öffentlich bekämpfen, werden mit Entziehung der Arbeitsgelegenheit bestraft. Jetzt hat sich nun der Zentralverein der Gastwirte für Ostpreußen mit den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern verbündet, um die Angestellten völlig zu unterjochen. Es ist zwischen ihnen vereinbart und jedem Angestellten bekannt gegeben worden, daß diejenigen Stellensuchenden, die gegen die Interessen ihrer Prinzipale wiederholt verstoßen, angenommene Stellen aus böswilliger Absicht nicht antreten, Stellungen widerrechtlich verlassen, wegen Veruntreuungen usw. entlassen werden müssen, nach Prüfung der Angelegenheit durch den Vorstand des Zentralvereins der Gastwirte von der Stellenvermittelung auf eine bestimmte Zeit ausgeschlossen werden sollen und von den Stellenvermittlern nicht placiert werden dürfen. Mit einbegriffen sind auch die Aushilfskellner. Die Waffe richtet sich vor allem gegen die Angestellten, die die Ausbeutung und die Mißstände im Gastwirtsgewerbe bekämpfen. Wer dem Zentralverein der Gastwirte unbequem ist, wird einfach, ohne daß er gehört wird, vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes auf die schwarze Liste gesetzt und ausgehungert. Und die Stellenvermittler, die von den sauer verdienten Groschen der Angestellten leben, erklären sich bereit, dieses verwerfliche System zu unterstützen. Selbst der Stellenvermittler des deutschen Kellnerbundes — einer Gehilfenorganisation — hat die Abmachungen mit den Arbeitgebern unterzeichnet.

ac. **Das Truck-Akte-Comité in England** hat dieser Tage seinen Bericht erscheinen lassen. Dieses Komitee war eingesetzt, um zu untersuchen, ob der Kost- und Logiszwang und die von den Unternehmern ihren Angestellten auferlegten Geldstrafen als Vergehen gegen das Truckgesetz zu betrachten sind. Im besonderen sollten die Verhältnisse im kaufmännischen Berufe Berücksichtigung finden. Das englische Gesetz bestimmt in dieser Beziehung, daß der Lohn in „gesetzlicher Münze" und in „keiner andern Form" zu zahlen ist. Es wurde ein Majoritäts- und ein Minoritätsbericht ausgegeben. Die Majorität macht folgende Vorschläge:

„1. Ausdehnung der Truck-Akte auf Arbeiter und Angestellte außerhalb des Hauses; Ausdehnung der Fabrik-Inspektion auf Docks und Warenhäuser.

2. Strafen dürfen 5 Prozent des Wochenlohnes eines Arbeiters nicht übersteigen. Für Jugendliche im Alter von 16 Jahren und darunter sollen Geldstrafen nicht erhoben werden dürfen.

3. Diejenigen Betriebe mit Kost- und Logiszwang im Hause sollen der behördlichen Inspektion unterworfen werden."

Nach den weiteren Vorschlägen der Kommission sollen besondere Bestimmungen getroffen werden, bezüglich der Einrichtung, Ventilation, Reinlichkeit der Schlafzimmer, Betten und Waschgelegenheit, Abgaben von Speisen und Getränken usw.

Bezüglich der Strafen behaupteten viele Unternehmer, daß ohne solche bei den Arbeitern und Angestellten kein Verantwortlichkeitsgefühl vorhanden wäre. In den Händen skrupelloser Unternehmer oder Aufseher kann das System der Strafe in der Tat zu einer wahren Tortur für die Arbeiter werden und bedeutet oft erhebliche Einbuße an Lohn. Viele und gerade der bestorganisierten Firmen bekundeten vor der Kommission, daß sie ohne Strafen ganz gut auskommen. Der Bericht der Majorität sagt bezüglich der Strafe: Wenn Strafen auferlegt werden, dann dürfen diese nur von geringer Höhe sein und selten angewendet werden. Auf jeden Fall sind durch das Gesetz solche Einschränkungen zu machen, daß sie nicht zu einem Mittel werden können, den Unternehmern Profite zu verschaffen.

Mit Bezug auf Kost- und Logiszwang im Hause der Unternehmer äußerte sich ein Teil der vernommenen Angestellten, daß sie so mehr Komfort hätten, als außerhalb des Hauses. Demgegenüber erklärte aber eine ganze Anzahl großer Firmen, die gänzlich mit diesem System gebrochen haben, daß sie nur zufrieden seien und nichts könne sie veranlassen, zu dem alten zurückzukehren. Selbst vom rein geschäftlichen Standpunkte aus verurteilten die Vertreter namhafter Firmen das System des Kost- und Logiszwanges. Seit der Beseitigung desselben sind ihre Angestellten physisch in einer besseren Verfassung, verrichten ihre Arbeit freudiger, schneller und entwickeln eine größere Energie. Der Majoritätsbericht kommt trotzdem zu dem Schluß: Ein vollständiges Verbot könne nicht ausgesprochen werden, Mißstände seien vorhanden, diese müßten aber durch gesetzliche Bestimmungen und schärfere Kontrolle beseitigt werden.

Die Minorität dagegen fordert die gänzliche Beseitigung des Systems des Kost- und Logiszwanges im Hause durch Gesetz. Ferner soll es verboten sein, „schlechte Arbeit" oder „Beschädigung des Materials" oder „andern Eigentums" mit Geldstrafe zu belegen. Schließlich sollen die Truckakte ausgedehnt werden auf die Omnibus-Kondukteure und Trambahnführer.

Die Union der Shop-Assistens (Handlungsgehilfen) hat erklärt, daß, wenn die Regierung in ihren Entschlüssen nur dem Bericht der Majorität folgen werde, dann würde der Verband nicht eher ruhen, bis die gänzliche Beseitigung des Kost- und Logiswesens erreicht ist, das von der großen Majorität seiner Mitglieder verurteilt wird.

Industrie, Handel und Verkehr.

Eine merkwürdige Besserung. In den letzten Dezembertagen häuften sich Meldungen aus den Industriegebieten über Anzeichen der Belebung der Eisenmärkte. Ein Bericht aus Düsseldorf wußte zu melden, daß der Stahlwerksverband über so lebhaften Eingang von Bestellungen verfüge, daß die veranschlagte Beschäftigung der Syndikatswerke von 60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit bis auf 80 Proz. gesteigert worden sei. Diese Nachricht, die mit Befriedigung aufgenommen werden konnte, erwies sich leider als falsch: der Stahlwerksverband erklärte auf eine Anfrage, daß er weder einen Voranschlag der Beschäftigung auf 60 Proz. gemacht habe, noch bisher größere Bestellungen herausgegeben habe. Bald darauf berichteten einige rheinisch-westfälische Blätter, daß auf Einzelgebieten des rheinischen Eisenmarktes eine gewisse Neigung eingetreten sei, auf weiter hinaus sich zu versorgen, wohl in der Ueberzeugung, daß niedrigere Preise nicht so leicht zu erwarten sind. Der Eindruck dieser Meldung wurde erhöht durch den Bericht über die Sitzung der kartellierten Stabeisenhändlergruppen Rheinland und Westfalens, in dem festgestellt wurde, daß sich eine unverkennbare Besserung im Verbrauch von Stabeisen und Eisenblechen bemerkbar mache. Der Stabeisenmarkt hatte die schwerste Erschütterung erfahren. In Berücksichtigung dieser Wendung und mit Rücksicht auf die hohen Lagerkosten und den von der Kundschaft vielfach in Anspruch genommenen allzu ausgedehnten Kredit sollten die meisten Gruppen erklärt haben, an den seitherigen Verkaufspreisen für vom Lager zu liefernde Ware festzuhalten. Kaum eine Woche ist inzwischen vergangen und schon wird das Gegenteil all dieser schönen Feststellungen erklärt. Die Düsseldorfer Stabeisenhändler haben die Preise für Stabeisen und Bleche um 10 Mk. pro Tonne ab 1. Januar 1909 ermäßigt, da der Lagervertrieb den gehegten Erwartungen nicht entspreche. Die Tatsache der Preisermäßigung steht in einem so krassen Widerspruch zu dem in der vorigen Woche veröffentlichten günstigen Situationsbericht, daß man zu der Auffassung kommen muß, die interessierten Kreise hätten durch wahrheitswidrige Schilderungen der Konjunktur wieder einmal nachhelfen wollen. Bei näherer Nachprüfung des günstigen Berichts der Vorwoche stößt man allerdings auf einige sehr unklare Wendungen, auf die gewiß ihre Urheber hinweisen werden, wenn sie ihre irreführende Berichterstattung zu verteidigen haben. Den Preisherabsetzungen der Düsseldorfer Händler sind der „Breslauer Ztg." zufolge auch die Breslauer Eisengroßhändler mit Preisermäßigungen gefolgt, sie setzten die Lagerpreise für Flußeisen von 145 auf 135, für Grobbleche von 145 auf 135,50, für Bundbleche von 140 auf 137,50, für Tafelbleche von 150 auf 147,50 Mk. herab. Diese Ermäßigungen sind erfolgt, um westfälische Konkurrenzofferten zu verhindern. So ist auf dem Stabeisenmarkt statt einer Besserung eher eine Verschlechterung zu konstatieren. Es wäre nachgerade höchste Zeit, der Berichterstattung, die auf eine planmäßige Täuschung über die Wirtschaftslage hinausläuft, wirksam entgegenzutreten. Die Handelskammern fänden hier ein geeignetes Gebiet, für „Treu und Glauben", die nach ihren Versicherungen in der Industrie und im Handel sich so herrlich offenbaren, einmal praktisch eintreten zu können. Bisher hat man noch nicht vernommen, daß das Unternehmertum gegen die tendenziöse Berichterstattung, die den Interessen einflußreicher Industrie- und Handelskreise dient, Stellung genommen hat.

Die Krise. Das Statistische Amt der Stadt Köln berichtet, daß im dritten Viertel des Jahres 1908 sich der Rückgang der baulichen Tätigkeit in erhöhtem Maße bemerkbar gemacht hat. Der Zugang an neuen Wohngebäuden habe sich „niedriger gestellt als bisher je beobachtet wurde".

Das Angebot der Wohnungen blieb um 207 hinter der Nachfrage zurück, wogegen in den entsprechenden Jahresvierteln der beiden Vorjahre ein Mehrangebot an Wohnungen von 252 und 325 zu verzeichnen war.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 6. Jan. Strafkammer. Der Heuerling Friedrich Möwwe von Bockhorst war angeklagt, seinen Mitbewohner, den Heuerling Hch. Pohlmann von Bockhorst, am 5. August 1908 mit einem Knüppel derart verprügelt zu haben, daß derselbe ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und eine Zeitlang nicht voll erwerbsfähig gewesen ist. Das Schöffengericht zu Halle hatte den Möwwe schon wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 30 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt, wogegen der Angeklagte, der erlaubte Selbsthilfe behauptete, Berufung eingelegt hatte. Die Parteien haben schon seit längerer Zeit in Feindschaft gelebt und so haben sie sich dann am 5. August 1908 um die Rechte in einem Schweinestalle gehörig durchgeknüppelt. Die Strafkammer erkannte jedoch auf Verwerfung der Berufung, weil keine Notwehr vorlag.

Der Händler Wilhelm Hülsewede von Brackwede war angeschuldigt, am 16. August 1908, während einer öffentlichen Tanzlustbarkeit, den Polizeisergeanten Nottebrock von Gadderbaum öffentlich beleidigt zu haben. Das Schöffengericht Bielefeld hatte den Angeklagten freigesprochen, wogegen die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Der Angeklagte behauptete, daß die Tanzlustbarkeit keine öffentliche gewesen sei, der Beamte habe infolgedessen kein Recht gehabt, Feierabend zu bieten. Die Strafkammer stellte jedoch fest, daß das Vergnügen den Charakter einer öffentlichen Tanzlustbarkeit getragen habe und der Beamte in der rechtmäßigen Ausübung seines Berufes öffentlich beleidigt worden sei. Es wurde deshalb das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die ausgesprochene Publikation des Urteils erfolgt durch Aushang an der Gemeindetafel zu Gadderbaum.

Der Arbeiter Heinrich Fabricius von Lübbecke war angeklagt, am Morgen des 7. Juli 1908, nach einer durchschwärmten Nacht, der Witwe Nolte mit einem Beile die Stubentüre total zertrümmert zu haben. Die Frau Nolte hatte ihn zwar nicht bei dem Einschlagen der Türe, wohl aber eine kurze Zeit darauf gesehen, als er die Splitter von der Türe samt dem Beile fortrug. Das Schöffengericht zu Lübbecke hatte den Angeklagten wegen Sachbeschädigung zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Bei Lage der Sache, welche keinen Zweifel an der Schuld des Angeklagten aufkommen ließ, wurde von der Strafkammer seine Berufung verworfen.

Der jugendliche Handlungsgehilfe Heinrich Stutte von Minden, in Wiesbaden geboren und bislang noch nicht vorbestraft, war stellenlos geworden und hatte bei dem Fahrradhändler Paul in Minden ein Unterkommen gefunden. Da er zu allen Arbeiten verwandt wurde, hat er im Keller des Hauses einige Flaschen Steinhäger entdeckt, von denen er sich dann drei Flaschen aneignete, indem er sich zur Eröffnung des Kellers eines falschen Schlüssels bediente. Es lag also schwerer Diebstahl vor und der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten, dem mildernde Umstände zugebilligt wurden, auf 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte hatte die drei Flaschen, um sich etwas Geld zu verschaffen, verkauft. Auf die zuerkannte Strafe wurden 6 Wochen von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Der Buchhalter Paul Brandt von Oeynhausen war vom Schöffengericht Oeynhausen am 7. Oktober v. J. wegen Bedrohung seines Vaters mit dem Totschlage zu einer Geldstrafe von 30 Mark ev. 6 Tagen Gefängnis und am 4. November v. J. wegen Hausfriedenbruchs, Bedrohung und Sachbeschädigung zu 1 Woche Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Die Strafkammer hob die beiden Urteile auf und verurteilte den Angeklagten wegen Bedrohung in 2 Fällen und Hausfriedenbruchs im einheitlichen Zusammentreffen mit Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 45 Mark ev. 9 Tagen Gefängnis.

Literarisches.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 7 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zu neuem Sturmlauf! — Der Arbeiterinnenschutz im Plenum des Reichstags. II. Von gh. — Deutschland im Jahre 1908. I. Von H. B. — Großstadtjugend und Großstadtelend. Von m. w. — Zur Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte in Baden. III. Von Th. H. — Die Prometheusfrage. Von G. G. — Zur Lage der Arbeiterinnen in der Schokolade- und Zuckerwarenindustrie. Von H. W. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Vom Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen. — Notizenteil: Dienstbotenfrage.

— **Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.** — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Hoch auf schwindligen Stegen. Von Franz Grillparzer. — Gehirnforschung und Schulpflichtbeginn. Von M. H. Baege. — Ueber Zähne und Zahnpflege. Von Dr. Karl Stein. — Die Mutter als Erzieherin. — Feuilleton: Vorgeahnt. Von Franz Diederich. — Die Schlacht bei Sempach. Von Philipp Langmann.

Für unsere Kinder: Fünf Dinge. Von Wolfg. Goethe. (Gedicht.) — Neujahrsnacht. Von Brand. — Hans Jörg. Von E. Preczang. (Gedicht.) — Räuber und Soldaten. Von Ernst Almsloh. — Der Wind und die Fensterscheibe. Ein Märchen von Eugen Lewin. — Geselliges Leben der Tiere. — Zuckerladen. Von Friedrich Güll. (Gedicht.)

Bekanntmachung.

Bei den am 29., 30. und 31. Dezember 1908 stattgefundenen Beisitzerwahlen zum Gewerbegericht wurden als Beisitzer gewählt aus dem Stande der **Arbeitnehmer** die Herren Maurer Wilh. Böcke, Tischler Heinr. Riepe, Maurer Herm. Sabelgunst, Tischler Heinr. Kaiser, Schneider Fritz Wege, Zigarrenmacher Hch. Püster, Tischler Aug. Niemeyer, Maurer Hch. Kley, Former Gust. Petzold.

Es waren zur Wahl erschienen 1184 Arbeitnehmer, die 1184 Stimmzettel abgaben. Von diesen 1184 giltigen Stimmzetteln entfielen auf

Liste I:

1.	Für den	Maurer Wilh. Böcke	272	Stimmen,
2.	„ „	Tischler Heinr. Riepe	272	„
3.	„ „	„ Staas	272	„
4.	„ „	Textilarbeiter Peter Fleer . . .	272	„
5.	„ „	Maurer Wilh. Heibrock	272	„
6.	„ „	„ Aug. Dünnig	272	„
7.	„ „	Bürstenarbeiter Aug. Wemhöner	272	„
8.	„ „	Metallarbeiter Herm. Fleer . . .	272	„
9.	„ „	Tischler Herm. Wöhrmann . . .	272	„

zusammen: 2448 Stimmen.

Liste II:

1.	Für den	Maurer Herm. Sabelgunst . . .	912	Stimmen,
2.	„ „	Tischler Herm. Kaiser	912	„
3.	„ „	Schneider Fritz Wege	912	„
4.	„ „	Zigarrenmacher Heinr. Püster .	912	„
5.	„ „	Tischler Aug. Niemeyer	912	„
6.	„ „	Maurer Heinr. Kley	912	„
7.	„ „	Former Gustav Petzold	912	„
8.	„ „	Arbeiter Heinr. Sauder	912	„
9.	„ „	Zuckerarbeiter Wilh. Bühse . .	912	„

zusammen: 8208 Stimmen.

Hiernach sind giltige Stimmen gefallen auf
Liste I: . . . . 2448 Stimmen,
Liste II: . . . . 8208 „

zusammen: 10656 Stimmen,

geteilt durch die Zahl der zu wählenden Beisitzer und 1 = 10, ergibt die Zahl 1065,6. Die nächsthöhere Zahl 1066 ist die Verteilungszahl, d. h. die Stimmenzahl, auf welche je ein Beisitzer entfällt.

Es erhalten demnach:
Liste I: . . . . 2 Beisitzerstellen,
Liste II: . . . . 7 „

zusammen: 9 Beisitzerstellen,

da die Wahlkandidaten gemäß § 17 des Statuts nach der Reihenfolge der Wahlvorschlagsliste zu ordnen sind, so gelten die oben genannten Herren als gewählt.

Seitens der **Arbeitgeber** waren zur Wahl erschienen 61 Arbeitgeber, die 61 Stimmzettel abgaben. Von den 61 giltigen Stimmzetteln entfielen auf

Liste I:

1.	Für den	Schuhmacher Conrad Horstmann .	28	Stimmen,
2.	„ „	Zimmermann Otto Bodin . . .	28	„
3.	„ „	Bauunternehmer Wilh. Thöne . .	28	„
4.	„ „	Schuhmachermeister Aug. Ellerbrock	28	„
5.	„ „	Schneidermeister Rud. Scheuer .	28	„
6.	„ „	Schuhmachermeister Heinr. Klemme	28	„
7.	„ „	Schlachtermeister Ellenbeck . . .	28	„
9.	„ „	„ Heinr. Schröder .	28	„

zusammen: 252 Stimmen.

Liste II:

1.	Für den	Fabrikanten Aug. Schaper . . .	33	Stimmen,
2.	„ „	„ Herm. Ruben . . .	33	„
3.	„ „	„ Carl Höpker . . .	33	„
4.	„ „	„ Carl Nolting . . .	33	„
5.	„ „	Bauunternehmer Heinr. Wittland	33	„
6.	„ „	Bäckermeister Carl Müller . . .	33	„
7.	„ „	Fabrikanten Jul. Elsbach . . .	33	„
8.	„ „	„ Gust. Gutenberg . .	33	„
9.	„ „	„ Hugo Weinberg . .	33	„

zusammen: 297 Stimmen.

Hiernach entfielen giltige Stimmen
Liste I: . . . . 252 Stimmen,
Liste II: . . . . 297 „

zusammen: 549 Stimmen,

geteilt durch die Zahl der zu wählenden Beisitze und 1 = 10, ergibt die Zahl 54,9, in nächsthöhrer Zahl 55 ist die Verteilungszahl, d. h. die Stimmenzahl, auf welche je ein Beisitzer entfällt.

Es erhalten demnach
Liste I: . . . . 4 Beisitzerstellen,
Liste II: . . . . 5 „

zusammen: 9 Beisitzerstellen.

Da nach § 17 des Statuts die Reihenfolge in den Wahlvorschlagslisten entscheidet, so gelten als gewählt die Herren: 1. Conrad Horstmann, 2. Otto Bodin, 3. Wilh. Thöne, 4. Aug. Ellerbrock, 5. Aug. Schaper, 6. Herm. Ruben, 7. Carl Höpker, 8. Carl Nolting 9. Heinr. Wittland.

Vorstehendes Ergebnis wird mit dem Hinweise bekannt gemacht, daß Beschwerden gegen die Rechtsgiltigkeit der Wahl binnen einer Ausschlußfrist von 1 Monate bei dem Gewerbegericht oder bei dem Bezirksausschusse zu Minden anzubringen sind.

Herford, den 5. Januar 1909.

Der Vorsitzende des Gewerbe-Gerichts.
Busse.

Unsere Inventur ist beendet.



Wenn Sie billig kaufen wollen, so müssen Sie jetzt kommen. Wir stellen

fabelhaft billige Preise.

Gelegenheits-Posten
nach jeder Richtung hin.

Bedeutende Geld-Ersparnis!

Schuh-Palast

Zuckerberg.

128

Diese Woche wieder
gutes Rindfleisch
Pfund **60** Pfg.
Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.
Verschiedene Wurstwaren und Aufschnitt
empfiehlt [5670
Fritz Ellenbeck,
Metzgermeister,
Herford
Lübberstr. 24. Telephon 417.

Notizbücher
in allen Größen
— gutes Papier —
zu haben in der
Buchhandlung „Volkswacht".

Passage-Theater
Herford. 132

Das Programm für **Sonnabend** und **Sonntag** verdient als ganz **hervorragend bezeichnet** zu werden. Es kommen **ernste, wissenschaftliche** und **besonders humoristische** Bilder zur Vorführung. Aus dem jetzigen Programm ist besonders **„Schöpfung des Serpentintanzes"** hervorzuheben. Es ist dies ein **herrlich koloriertes** Bild, ähnlich dem kürzlich gezeigten Bilde: **„Japanische Schmetterlinge".**

Sonnabends von 5 Uhr an darf jeder **Erwachsene ein Kind frei** einführen. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Die Direktion.

Ferdinand Evers, Bielefeld
Spedition — Möbeltransport.
Uebernahme von Speditionen nach allen Richtungen des In- und Auslandes.
Güter-An- und -Abfuhr sowie Lagerung.
6633] **Prompte und billige Bedienung.**
Bureau u. Lager Lützowstrasse. Telef. 278.

Wochenmarkts-Preise
in Bielefeld
am 7. Januar 1909.

Butter	per Pfd.	120—	130
Rindfleisch	„ „	75—	80
Schweinefleisch	„ „	75—	85
Speck	„ „	80—	85
Kalbfleisch	„ „	75—	85
Hammelfleisch	„ „	75—	85
Gänsefleisch	„ „	—	—
Eier	„ „	90—	95
Hasen	pr. Stück		375
Zwiebeln	½ Kilo		20
Aepfel	„ „	10—	25
Tafelbirnen	„ „		—
Pflaumen	„ „		—
Gr. Bohnen	„ „		—
Bietsbohnen	„ „		—
Rüben	„ „	6—	8
Wurzeln, alte,	pr. Bund		—
„ neue,	„ „		6
Kartoffeln, neue,	pr. 1 Pfd.	4—	5
„ alte,	„ 1 „		—
Blumenkohl	pr. Stück	25—	45
Kopfsalat	„ „		—
Kappus	„ „	20—	30
Rotkohl	„ „	20—	30
Wirsing	„ „	10—	25
Steckrüben	„ „	6—	8
Kohlrabi	„ „		—
Gurken	„ „		—
Kartoffeln	150 Pfund	450—	600



Halte den geehrten Bewohnern von Sieker u. Umgegend mein

Sarg-Magazin

sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modern ausgestatteten **Leichenwagen** bestens empfohlen
123 **Adolf Kley, Sieker,** bei Schule III.

Stottern usw. wird **gründlich** u. dauernd **beseitigt.**
Referenzen einige hundert.
Der großen Schülerzahl halber habe ich den Kursus verlängern müssen, es können noch Schüler teilnehmen.
Anmeldungen unwiderruflich nur bis zum 13. 1. 09.
Prospekt gratis und franko.
Sprachheilinstitut 121
Leiter: **K. Lütgert,** Lützowstr. 4, I. Etage.
Nicht mehr Kaiserstraße 65.

In der **Buchhandlung „Volkswacht"** ist zu haben:
Der Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1909.
Gratis-Beilagen: Ein Vierfarbendruck auf feinem Kunstdruckpapier „Mittag" und ein Wand-Kalender.
33. Jahrgang. 33. Jahrgang.
Preis 40 Pfg. (Porto 10 Pfg.)
(Boten u. Filial-Expeditionen nehmen Bestellungen entgegen.)

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur **2** Pfg., in der fetten Ueberschrift **10** Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Mein Zigarrengeschäft
befindet sich jetzt Jöllenbecker- und Weststraßen-Ecke. August Tegen. 86*

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [6605

Oefen 6547
von 10,50 Mk. an empfiehlt Beckord & Lohmann, Güterslooherstraße 58.

Futterkartoffeln,
gesunde, dicke Ware, empfiehlt H. Wienand, Schmiedestr. 8. 47*

Kommißbrot
ständig vorrätig. Kaufhaus Wirths, Kreuzstraße 28. [49

Oberbetten
habe mehrere fast neue mit guter Federfüllung billig abzugeben. Wellmann, Notpfortenstr. 131*

Schweinelomen
per Pfd. 75 Pfg. Schlachter Frankenberg. 134

Preis-Skat.
Sonnabend, den 9. Januar 1909: Großer Preis-Skat bei Wilh. Pott. Viktoriastraße 65. 125*

Preisskat 124*
Sonntag 5 Uhr. Restaurant Helms.

Wohnung, [96*
3 und 4 Räume, abgeschlossen, Speisekammer, zum 1. April zu vermieten. Bünderstr. 9. H. Manter.

Wohnung
von 4 Räumen mit Stall und etwas Land zu vermieten. Gadderbaum, Eggetal 42. [116*

Wohnung,
5 Räume, 1. Etage, zu vermieten. Goebenstr. 41. 88*

Wohnungen
von 3 großen Räumen, abgeschlossen, per April zu vermieten. H. Lührmann, Osnabrückerstr. 61. 44*

Mädchen
von 14 Jahren sucht Stellung als Kindermädchen oder Dienstmädchen. Feldstraße 35. 136*